Nr. 4 / 1. Jahrgang
Verlagsort: Berlin

Freitag, 23. Juli 1937
מו אב תרצז

Das Jüdische Volk

Organ der Staatszionistischen Organisation

Abonnements- und Anzeigen-Verwaltung: Berlin SW 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: 17 58 51; Bankkto.: Iwria-Bank, Berlin C 25, Dircksenstraße 26/27; Postscheckkto.: Berlin 125106, beides unter „L. Stock"

Verlag: Das Jüdische Volk, Verlagsges. m. b. H., Berlin SW 68, Schützenstraße 13, Fernsprecher 17 70 51; dortselbst auch die Hauptschriftleitung, Sprechstunden Montag bis Mittwoch von 11 bis 1 Uhr. Erscheint jeden Freitag. Einzelpreis 20 Pf., durch die Post per Streifband 10 Pf. mehr. — Verlagsort: Berlin

Angemeldet beim Sonderbeauftragten des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda betr. Überwachung der geistig und kulturell tätigen Juden im deutschen Reichsgebiet

Postabonnementspreis: Inland 74 Pf. monatl. einschl. 4 Pf. Zeitungsgebühr zuzügl. 6 Pf. Bestellgeld, Ausland — soweit postalisch zugelassen: RM. 1.70 pro Vierteljahr zuzügl. Bestellgeld. — Streifbandbezugspreis für 3 Monate: Inland RM. 3,30, Ausland RM. 3.—. Anzeigenpreis: 15 Pf. die 12gesp. Millimeter-Zeile. Rabatte usw. laut Tarif. Anzeigenschluß: Donnerstag 10 Uhr

Letztes Telegramm

Jabotinsky geht nach Genf

(Eigenmeldung)

London, 22. Juli. Wir erfahren, daß Wladimir Jabotinsky und der Leiter des politischen Departments der NZO., Prof. Akzin, sich auf dem Wege nach Genf befinden. Jabotinsky beabsichtigt, noch vor der Aussprache in der Mandatskommission die einzelnen Mitglieder von der Unmöglichkeit der Durchführung des Teilungsplanes zu unterrichten.

Die Aufgabe des Zionismus ist: Das Volk Israel und sein Land zu erlösen, seinen Staat und seine Sprache wiederzubeleben und die Heiligtümer der Tora im Leben der Nation zu verwurzeln

Sensation im Unterhaus

England verwirft Peel-Bericht

Am Mittwochmittag wurde über den Teilungsplan im englischen Unterhaus in einer sehr stürmisch verlaufenen Sitzung beraten. Das Unterhaus war bis nachts 1 Uhr noch so gefüllt, wie es seit Jahren nicht mehr der Fall war.

Die Regierung wurde ermächtigt — ohne daß eine Abstimmung erfolgte —, den Plan der Mandatskommission des Völkerbundes vorzulegen. Es wurde jedoch beschlossen, dann dem Unterhause weitere Abänderungsmöglichkeiten vorzulegen. Der ganze Fragenkomplex Palästina bleibt vorläufig noch vollständig ungelöst.

Kolonialminister Ormsby-Gore hatte sich zu Beginn der Aussprache mit allen Mitteln für die Teilung eingesetzt, mußte sich jedoch der Kritik beugen, die die Mitglieder des Hauses an dem Plan übten.

Er erklärte, daß ein neuer Entwurf nach weiteren Untersuchungen und Verhandlungen ausgearbeitet werden soll.

In der gesamten englischen Presse wird die Erklärung des Ministers als Ueberraschung und Sensation geschildert. Die Presse berichtet weiter, daß der Kolonialminister durch einen Vorstoß Winston Churchills und Lloyd Georges sich zu diesem Rückzug entschließen mußte. Mit diesem Rückzug des Ministers ist die Unmöglichkeit des Teilungsplanes sehr eindeutig bewiesen worden. Churchill erklärte der Regierung, daß er dem Plan nicht zustimmen könne und er daher den Antrag einbringen werde, die Vorschläge dem Völkerbund vorzulegen, um die Regierung nach einer nochmaligen Untersuchung in die Lage zu versetzen, dem Unterhaus einen neuen endgültigen Plan auf Grund des Palästina-Weißbuches vorzulegen.

Der Minister antwortete zum Schluß der Aussprache, England habe den Arabern niemals das Versprechen gegeben, daß auch Palästina westlich des Jordan in den Araberstaat eingeschlossen werden soll. Den Juden habe man Palästina nicht nur als Heimstätte versprochen, sondern auch als jüdischen Nationalstaat. Die Unabhängigkeitswünsche der Araber seien weitgehend durch die Errichtung arabischer Staaten erfüllt worden. Die Araber müßten sich damit zufrieden geben und schuldeten außerdem England auch noch Dank für ihre Unabhängigkeit. Die arabischen Staaten konnten nur errichtet werden, indem zehntausende britischer Soldaten ihr Leben in Palästina und den anderen arabischen Ländern ließen.

Der Feldzug gegen die Teilung

Jabotinsky vor den Parlamentsmitgliedern

Schon drei bis vier Tage nach der Veröffentlichung des Berichtes der Kgl. Kommission kehrte Wladimir Jabotinsky, der Präsident der Neuen Zionistischen Organisation, nach London zurück. Während er noch unterwegs war, hatte das politische Departement der NZO. einen Feldzugsplan ausgearbeitet, dessen Eröffnung in einem Vortrag Wl. Jabotinskys vor einem Ausschuß von Parlamentsmitgliedern aller Parteien bestehen sollte. Dieser Vortrag wurde am Dienstag, dem 13. Juli, in einem der großen Sitzungssäle des Unterhauses abgehalten.

Die Versammlung wurde offiziell von zehn Mitgliedern des Parlamentes einberufen, die die Einladung auch unterzeichnet hatten. Dies geschah auf Veranlassung von Sir John Haslam, einem Mitglied der Konservativen, einem Manne mit aufrichtigen Sympathien für das jüdische Volk, der bisher jedoch sein Interesse am Zionismus noch nicht öffentlich bezeugt hatte. Dasselbe kann man auch von fast allen anderen Unterzeichnern des Einladungsschreibens sagen, so daß die NZO. eine ganz neue Gruppe von Parlamentsmitgliedern erreicht hat, die in die zionistische Arbeit einbezogen werden kann.

Einige vierzig Parlamentsmitglieder versammelten sich im Sitzungssaal, um Jabotinsky zu hören. Jabotinsky hatte zu seinen Ausführungen drei große Landkarten mitgebracht, welche Palästina darstellten, wie es versprochen worden ist, das geteilte Palästina und Palästina im Vergleich zu den endlosen arabischen Gebieten, die es umgeben. Im Verlauf seiner Rede bediente sich Jabotinsky aller drei Landkarten, indem er seine Ausführungen mit ihrer Hilfe anschaulich gestaltete und immer wieder die aus rein äußeren Gründen bestehende Unzulänglichkeit des Teilungsvorschlages bewies, sobald man sie nur ins Licht konkreter Tatsachen rückte. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Jabotinskys Rede auf seine Zuhörer einen tiefen Eindruck machte. Seine Ausführungen dauerten ungefähr eine volle Stunde, und es ist nicht möglich, gegenwärtig mehr als einige wenige markante Stellen hieraus wiederzugeben. Meiner Meinung nach werden die folgenden Auszüge von besonderem Interesse sein. Sie wurden einem wörtlichen Bericht der Rede entnommen.

Jabotinsky erklärte u. a. folgendes:

„Die Zionistische Richtung, welche ich zu vertreten die Ehre habe, ist fast vollkommen die humanitäre Auffassung: wir wünschen, so viel Juden wie nur möglich aus den Lebensbedingungen zu erlösen, unter denen sie in Osteuropa leben müssen.

Die Bevölkerungsdichte des Landes

Von diesem Standpunkt aus sind wir gezwungen, die größtmögliche Dichte des zu besiedelnden Gebietes zu betrachten. Welches ist nun die größtmögliche Bevölkerungsdichte in einem Gebiet, das so beschaffen und mit solchen natürlichen Hilfsquellen ausgestattet ist wie dieser Teil? Nicht der Bevölkerungsindex der Städte ist der Maßstab der Bevölkerungsdichte. Man kann von niemand erwarten, daß er die Bevölkerungsdichte in anderen europäischen Ländern auswendig kennt. Darf ich Sie aber darauf aufmerksam machen, daß beispielsweise Schottland eine Bevölkerungsdichte von 62 pro Quadratkilometer (nicht pro Quadratmeile!) hat, Frankreich mit seiner in hohem Maße industriellen Bevölkerung hat eine Bevölkerungsdichte von 76. Von den bedeutendsten Ländern Europas haben nur sechs eine Bevölkerungsziffer, die 100 pro Quadratkilometer übersteigt. Das sind die Tschechoslowakei mit 106, Italien mit 135, ferner Deutschland mit 140. Dann natürlich die kolossale Bevölkerungsdichte von England und Wales (abgesehen von Schottland) mit 267 und Belgien mit 270.

Nun darf ich annehmen, ich werde niemand von Ihnen überraschen, wenn ich Ihnen sage, daß ich es nicht erwarte — und niemand kann es erwarten — daß Palästina jemals die Bevölkerungsziffer von Belgien oder England erreichen wird. Es würde Palästina sogar schwer fallen, die Bevölkerungsdichte von Deutschland zu erreichen, die bekanntlich 140 Bewohner pro Quadratkilometer beträgt. Aber folgende Tatsache ist bemerkenswert: derjenige Teil des Landes, der für die Juden reserviert ist, hat bereits eine Dichte von 140 — also Deutschlands Bevölkerungszahl. Ganz Palästina zu beiden Seiten des Jordans hat eine Bevölkerungsziffer von 14 — eine Tatsache, die doch mindestens dem Traum von einer Erhöhung der Einwanderungsziffer reichliches Feld läßt. Wie wir solch ein Wunder fertigbringen konnten, in einem Lande, das so beschaffen und mit so armseligen Naturgaben versehen ist wie Palästina — wie wir dies fertigbrachten — sei eine andere Frage. Aber immerhin beweist es Ihnen doch, daß die Hoffnung, dort noch weiterhin eine irgendwie beträchtliche Anzahl von Neueinwandern anzusiedeln, natürlich eine Phantasie ist.

Ein Parlamentsmitglied: „Wie hoch ist die Bevölkerungsdichte von Tel Aviv?" Jabotinsky: „Tel Aviv ist eine Stadt. Man berechnet die Bevölkerungsdichte auf das ganze Land. Die Bevölkerung von Tel Aviv beträgt heute 150 000 Menschen. Es ist also, meine Damen und Herren, eine Frage, ob wirklich irgend etwas in einer gesunden und ökonomischen Weise unternommen werden kann, um diesen Teil des Landes weiter zu besiedeln. Ich muß einige unserer Freunde enttäuschen, welche glauben, daß jene Fläche noch eine weit größere Bevölkerung aufnehmen kann. Zu allererst bezweifle ich es, ob diese Möglichkeit besteht von dem Standpunkt, der davon ausgeht, daß man in einer Weise vorgehen müsse, die die Araber nicht ärgert und daß man darum den Juden gerade das geben müsse, was sie schon kolonisiert haben.

Andere Leute wiederum glauben, daß die Regierung und die Araber noch dazu überredet werden könnten, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß ein gewisser Bezirk des südlichen Teiles — der sogenannte Beerscheba-Bezirk — uns gegeben werde. Nun, ich bezweifle dies sehr stark. Aber

(Fortsetzung auf Seite 2)

Gerechtigkeit, nicht Mitleid!

Es war zu erwarten, daß der Peel-Bericht in der Weltpresse ein ungewöhnliches Echo wecken würde. Diese Erwartungen sind nicht getäuscht worden. Es gibt wenig Länder, in denen nicht die maßgeblichen Organe sich ausführlich mit den Vorschlägen der Kgl. Kommission befaßt haben, und es ist für die Juden zweifellos interessant, sich mit diesen Meinungsäußerungen zu beschäftigen. Scheint es doch so, als ob dieser Bericht den Schlußstein unter einen der verheißungsvollsten Versuche zu setzen geeignet ist, die in unserer Zeit unternommen worden sind, um auf einem bestimmt umrissenen Gebiete der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. Das Experiment begann mit dem Erlaß der Balfour-Deklaration und dem Mandatsvertrag und war dazu bestimmt, die Judenfrage zu lösen.

Seit nahezu 2000 Jahren war das jüdische Volk heimatlos geworden. Seit 2000 Jahren war es zerstreut über alle Erdgegenden und in einem unaufhörlichen Wanderungsprozeß begriffen. Immer wieder mußte bald dieser und bald jener Teil der Judenheit zum Wanderstab greifen und immer wieder den Versuch wiederholen, an einer anderen Stelle sich eine Notwohnung zu zimmern. Leiden und Nöte ohnegleichen haben diese ewige Judenwanderung begleitet, und wenn wir das aussprechen, so sind wir weit entfernt davon, etwa einen Appell an das Mitleid der Menschheit zu richten. Denn was wir wollen, ist nicht Mitleid, sondern Gerechtigkeit. Es gibt kein Volk auf der Welt außer uns, das nicht irgend ein Stück der Erde als seine ethnographische oder politische Heimat besitzt. 16 Millionen Juden sind die einzige Ausnahme dieser Normalregel und in dieser Anormalität liegt die Quelle aller unserer Leiden und die Ursache für die schwierigen Bedingungen, unter denen unsere Menschen leben müssen.

Vielleicht tragen wir selbst bis zu einem gewissen Grade die Schuld daran, daß dieser anormale Zustand so lange dauert. Vielleicht wäre es natürlicher gewesen, wenn unser Volk schon vor dem Auftreten Theodor Herzls seine Forderung an die Welt nach Wiederbesitz seines eigenen Bodens, seiner eigenen Staatlichkeit mit Nachdruck geltend gemacht hätte. Anscheinend mußten erst gewisse menschheitsbeglückende Theorien des vorigen Jahrhunderts als Illusion entschleiert werden, um zu verstehen, daß mit diesen Theorien das einzigartige Problem der Judenfrage nicht gelöst werden könne, und daß es für das jüdische Volk keine andere Lösung gibt, als die seiner Rückführung in die natürlichen Bedingungen, wie sie für das Leben eines jeden Volkes bestehen.

Der Anschauungsunterricht, den wir in den letzten Jahren genossen haben, hat das Verständnis für diese Dinge wachsen lassen. Immer wieder zeigte sich die Labilität unserer politischen und wirtschaftlichen Existenz, wo wir auch immer lebten. Waren Länder arm, so wurde es als Beeinträchtigung des Wirtsvolkes empfunden, wenn von dem geringen Ertrag auch Juden miternährt werden sollten. In anderen Fällen wieder, wenn es sich um eine reiche Wirtschaft handelte, wurde es nicht gern gesehen, wenn auch Juden sich starke wirtschaftliche Positionen verschaffen konnten. Der natürliche Wunsch, in erster Linie die Lebenshaltung der eigenen Volksgemeinschaft zu fördern, führte, wenn auch in den verschiedensten Ausdrucksformen, immer wieder zu einer Verschärfung des Verhältnisses zum jüdischen Gastvolk. Wir sind weit davon entfernt, diese Spannungen als ausschließlichen Ausfluß von Leidenschaften zu werten und den Kern der Probleme zu übersehen, die sich in ihnen verbergen. Worauf wir aber, wie wir glauben, einen berechtigten Anspruch haben, das ist, daß man uns die Möglichkeit gibt, unser Eigenleben im eigenen Lande zu führen und damit zahlreiche Länder, die heute die Judenfrage als ein brennendes Problem empfinden, ganz oder teilweise hiervon zu entlasten.

> ***Ein Volk kann sich nur selbst helfen; kann es das nicht, so ist ihm nicht zu helfen.***
>
> *Herzl*

Diesem Gesichtspunkt wird aber das, was in der Weltpresse uns in diesen Wochen entgegenschlug, nur sehr unvollkommen gerecht. Wir haben sehr viele Stimmen gehört, in denen für die unglückselige Verfassung, in der sich das jüdische Volk heute in seinen großen Massen befindet, viel Verständnis und viel Wohlwollen aufklang. Gewiß beklagte man immer wieder unsere tragische Situation. Aber nur selten haben wir jene Stimme hören können, die allein unseren Empfindungen gerecht werden kann, weil sie nicht nur von einem gutmütigen Mitgefühl, sondern von Verständnis für die Gerechtigkeit unserer Forderungen zeugt. Wie es bei Katastrophen keine Hilfe durch Geldsammlungen und Verteilung von Almosen gibt, sondern nur durch kon-

struktive Maßnahmen, so läßt sich auch die Katastrophe, in der unser Volk seit nahezu 2000 Jahren lebt, nicht durch kleinliche Mittelchen lösen, sondern nur durch die einzig denkbare konstruktive Lösung: die Schaffung des Judenstaates, der nicht bloß eine Attrappe darstellt, sondern ein Reservoir für die Aufnahme der jüdischen Massen, die ihn brauchen. Solche Stimmen haben wir nur allzu selten gehört, und darum sind wir enttäuscht. Welches Maß von Leiden muß das jüdische Volk eigentlich noch über sich ergehen lassen, bevor das Gewissen der Welt erwacht und das Verständnis für unser Recht sich durchsetzen kann?

Wir haben aber noch andere Stimmen gehört. Stimmen, die zwar auch von Mitgefühl sprachen, aber nicht für das heimatlose jüdische Volk, sondern für die Araber, obwohl diese gewiß nicht heimatlos sind, sondern über Bodenflächen verfügen, die 200mal so groß sind wie Palästina. Wenn aber der Peel-Bericht aus dem Grunde getadelt wird, weil er gewissermaßen den fruchtbaren Boden Palästinas für den kleinen Judenstaat reservieren und den Arabern die öden Berghöhen überlassen will, so darf von unserer Seite doch wohl auf etwas aufmerksam gemacht werden, was unbestreitbar ist. Gewiß ist das Land im Bezirke der jüdischen Siedlungen heute fruchtbares Gebiet. Bevor aber jüdische Arbeit, jüdische Intelligenz und jüdisches Kapital zur Kolonisierung dieser Gebiete übergegangen sind, waren sie unfruchtbare und versumpfte wüstenähnliche Steppen, und erst die jüdische Leistung hat sie zu dem gemacht, was sie heute darstellen. Vor Beginn der jüdischen Kolonisationsarbeit würden sie sich nicht wesentlich von den Bergöden von heute unterschieden haben. Wir wissen ja doch, daß auch diese öden Bergkuppen einstmals einen üppigen Baumbestand trugen, von den uns die Geschichte erzählt, und daß die arabische Kulturleistung der letzten Jahrhunderte dazu geführt hat, diesen blühenden Garten Gottes in die heutigen Einöden zu verwandeln. Wir bitten nicht um Mitleid für unser Volk. Aber wir fragen nur: ist es unbescheiden, wenn wir eine gerechte Würdigung der jüdischen Leistung erwarten?

Und auch in einer anderen Hinsicht haben wir das Gefühl, daß uns die Gerechtigkeit nicht zuteil wird, von der wir glauben, daß sie mit unseren Zielen verbunden ist. Was im jüdischen Lager mit am stärksten an dem Peel-Bericht als unerträglich empfunden wurde, das ist die Feststellung einer laufenden Subvention, die der kommende Judenstaat an den Araberstaat zu zahlen hat. Wenn diese Auflehnung als eine Geldangelegenheit gewertet wird, so zeigt dies uns nur allzu deutlich, wie leicht alle unsere Maßnahmen der Gefahr einer Mißdeutung ausgesetzt sind. Unser Aufbauwerk in Erez Jisrael unterscheidet sich ohnehin grundlegend von den Kolonisationsversuchen anderer Länder. Wenn man vielleicht von dem Beispiel der deutschen Ostmarkenpolitik vor dem Kriege absieht, so ist wohl noch nirgends in der Welt ein Kolonisationsversuch größeren Stils derart durchgeführt worden, daß man jeden Quadratmeter des zu besiedelnden Bodens mit schwerem Gelde erkaufen mußte. Jeder Kenner der Verhältnisse weiß, welche Unsummen das einströmende jüdische Volk den Arabern für ihren damals fast wertlosen Boden hat zahlen müssen. Der natürliche Bodenhunger eines im luftleeren Raum lebenden Volkes hat zu einer Entwicklung geführt, die eine Hypothek von erdrückender Schwere für dieses Aufbauwerk bedeutete. Wir haben das alles hingenommen und weitergebaut. Die Palästina-Regierung verfügte jahrelang über Rieseneinnahmen. Sie stammten zum weitaus größten Teil aus den Lasten, die die Juden aufzubringen hatten. Bei ihrer Verwendung aber war es umgekehrt. Mit diesem jüdischen Gelde hat man in großzügiger Weise arabische Schulen gebaut und ein Gesundheitswesen für die Araber geschaffen. Dinge, die die Juden fast ausschließlich aus eigenen Mitteln leisten mußten, und für die man nicht viel mehr als eine Art Anerkennungsgebühr übrig hatte. Als vor einigen Jahren für eine Riesensumme die jüdischen Institutionen das Recht erkauften, die Hule-Sümpfe urbar zu machen, und dafür weitere Riesenaufwendungen an Geld und Arbeit hineinzustecken, da hat man ihnen die Verpflichtung auferlegt, ungefähr ein Drittel des so gewonnenen Bodens unentgeltlich für arabische Siedlungszwecke zur Verfügung zu stellen. Auch das haben die Juden hingenommen. Alle diese Tatsachen sollten doch ausreichen, um das jüdische Volk dagegen zu schützen, es als Ausfluß seiner Habgier anzusehen, wenn nunmehr ein so starker Protest gegen die Subventionszahlung an den Araberstaat beginnt. Dieser Protest hat mit materiellen Dingen überhaupt nichts zu tun. Für solche Gedankengänge wäre ja schon deswegen kein Raum, weil über die Höhe dieser Subvention bisher noch gar nichts verlautet. Hier geht es um etwas ganz anderes. Kontributionen hat die Weltgeschichte zu allen Zeiten gekannt. Sie waren fast immer die Folge eines verlorenen Krieges, aber selbst dann waren sie irgendwie zeitlich oder der Höhe nach begrenzt. Für das, was der Peel-Bericht dem jüdischen Staat zumutet, kennt die Weltgeschichte kein Beispiel. Der Peel-Bericht läßt keinen Zweifel darüber, was selbst zahlreiche Zionisten noch vor kurzer Zeit nicht wahr haben wollten: daß jüdisches Nationalheim in Wirklichkeit jüdischer Staat bedeutet. Man hat uns Palästina als Nationalheim und damit als jüdischen Staat zuerkannt. Jetzt will man uns elf Zwölftel dieses Gebietes entreißen und uns mit einem Zwölftel, allerdings mit staatlichen Attributen, abspeisen. Und offenbar, um uns für diese Rechtsverweigerung noch zu bestrafen, gibt man zu diesem Versagen der englischen Mandatspolitik noch die demütigende Festsetzung einer laufenden Subvention an die Araber, die auch bisher schon zwangsläufig so überreich von den Juden alimentiert worden sind. Das ist keine Geldfrage, sondern ein Problem der nationalen Ehre des jüdischen Volkes, und niemals werden wir anerkennen können, daß eine solche Handlungsweise der Gerechtigkeit entspricht, auf die wir einen wohlbegründeten Anspruch zu haben glauben.

Darum sind freundliche und wohlwollende Worte an unsere Adresse sicherlich wohlgemeint, aber sie vermögen uns nichts zu sagen. Für stolze Menschen gibt es nichts, was schwerer erträglich ist, als Mitleid, das sich in Worten äußert. Das jüdische Volk ist einen langen Leidensweg gegangen und weiß, daß dieser Weg noch nicht zu Ende ist. Es ist bereit, ihn zu Ende zu gehen. Nicht um Gnade zu betteln, sondern sein Recht zu fordern. Und es weiß, daß es seine ganze Kraft zusammenreißen muß, um inmitten einer Welt, die für solche Dinge etwas schwerhörig ist und mit anderen Problemen offenbar ausreichend belastet, die Stimme der Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen, die alles das umschließt, was wir Juden von der Mitwelt erwarten.

G. K.

Kleine Bilanz / Zu den Ereignissen in Moskau

Der rote Zar, der unumschränkte Herr über das 170-Millionen-Volk, tobt sich in Blutorgien aus. Blutig rot ist der Horizont des russischen Himmels gefärbt. Blut über Moskau. Gestern noch Günstling des Georgiers, über Nacht zum Tode verurteilt und am nächsten Morgen hingerichtet. Der moderne Robespierre arbeitet mit allen Mitteln des Terrors, um die führenden Geister der Sowjet-Union einzuschüchtern und seine Herrschaft durch Blut und Gewalt zu festigen. Er wirft durch seine Methoden das Land um Jahrhunderte zurück, in jene Zeitläufe barbarischen Zusammenlebens, wo an Stelle der Autorität der Bandenanarchismus, das brutale Recht des Stärkeren und die Furcht gestellt waren. Die Lehrmeisterin der Menschlichkeit, die Geschichte, kennt viele Beispiele dieser Art. Nach den Zeiten wütender Ausbrüche barbarischster Brutalität, bricht sich die Sonne der Freiheit durch das Wolkenmeer der Reaktion Bahn.

Den jüdischen Journalisten, der die Ereignisse verfolgt, interessiert neben der rein menschlichen und politischen Seite die spezifisch jüdische. Es gibt eine spezifisch jüdische Seite, die von gewissen Journalisten, die im Dienste einer nebulosen Freiheitsidee stehen, außer Acht gelassen wird. Vor Monaten hat die jüdische Presse, für die Judentum nicht ein Aushängeschild, sondern Sinn- und Daseinsberechtigung ist, darauf hingewiesen, daß die Ereignisse in Rußland einen unverkennbar antisemitischen Charakter tragen. Die Reihen der alten „Revolutionsgarde" werden lichter und es fallen vor allem die, die ihrer Geburt nach zum Judentum gehören. Von der Entfernung der jüdischen Volkskommissare bis zur Hinrichtung der wenigen jüdischen Generäle führt die Linie des antisemitischen Kurses. Interessant ist die Meldung einer englischen Zeitung, die darauf hinweist, daß ein hoher sowjetrussischer Funktionär dem Moskauer Korrespondenten des Blattes die Mitteilung gemacht habe, daß sich unter den erschossenen Generälen auch Nicht-Russen, Fremde, Menschen ohne Beziehung zur Heimat Rußland befunden haben. Diese Meldung wirft ein grelles Licht auf die Verhältnisse in Moskau. Gamarnik, Jakir, Kork, Eidemann und Feldmann von den hohen Militärs, Rosenberg und Krestinski von der Diplomatie, der Schöpfer der N. E. P., Rosengold, und andere werden folgen. Wir werden diesen Opfern eines asiatischen Despotismus keine Träne nachweinen, weil ihr Leben sich für ihre jüdischen Stammesgenossen in Rußland verderblich ausgewirkt hat. Die jüdischen Führer der russischen Kommunistischen Partei haben kaltherzig Tausende von Juden ins Gefängnis werfen lassen, weil sie ihre Liebe zu Zion und zur jüdischen Religion sich nicht aus ihrem Herzen reißen ließen. Jüdische Synagogen, Lehrstätten des jüdischen Geistes wurden in Klubs umgewandelt und unter dem demagogischen Schlagwort „Religion ist Privatsache" wurde das elementarste Recht auf Freiheit der Gesinnung mit Füßen getreten. Ueber abgehärmte Züge russischer Juden sind Ströme von Tränen geflossen, wenn sie ansehen mußten, wie die Schergen der kommunistischen Hölle Toraladen entweihten und Menschen, die sich zum Zionsgedanken bekannten, nach Sibirien verbannt wurden. Mit den Hingerichteten verschwinden jene Männer in der geschichtlichen Versenkung, die vergeblich versucht haben, das jüdische Volk als Volk zum Untergange zu bringen. Keine Träne für jene Renegaten, keine Träne für jene Männer, die den Haß einer Welt auf sich luden und die indirekt die Schuldigen an dem internationalen Judenhaß sind.

Diese Zeilen schreiben wir für jene, die noch immer von den Phrasen der roten Demagogie verblendet, in der allerweltsbeglückenden Idee einer problematischen Freiheit nicht nur das Heil der Menschheit, sondern auch das des Judentums sehen.

Noch immer Zukunftsmusik

Die Biro-Bidschan-Kolonisation hat noch keinen weißen Bart. Sie ist aber auch seit langem kein Kind mehr, von dem man noch sagen kann, daß man „auf es Hoffnungen hege", von dem man immer in der Zukunft spricht. Er ist bereits ein älterer Junge, der nicht mehr bloß Zukunftsmusik spielen darf, sondern Greifbares beweisen muß; nicht von morgen, sondern von heute.

Wenn man die letzten Erklärungen des Leiters der Biro-Bidschan-Kolonisation, Boris Trotzki, liest, bekommt man einen merkwürdigen Eindruck. Trotzki sagt zu, daß in den kommenden 5 Jahren 100 000 Juden angesiedelt werden. Das ist sicherlich ein angenehmes Versprechen. Unangenehm sind nur die Worte „kommenden" und „werden". Stünde da „gewesenen" und „sind" würde die Sache anders aussehen. Weil in den verflossenen 10 (also 2 mal 5) Jahren, seit der Biro-Bidschan-Plan besteht, laut den Angaben Trotzkis insgesamt 25 000 Seelen angesiedelt wurden.

Der aufmerksame Leser der Presse hatte gar oft schon Gelegenheit, von solchen Fünfjahresplänen zwecks Ansiedlung von 100 000 Juden in den „kommenden 5 Jahren" zu lesen. 25 000 in 10 Jahren, und dabei: der Boden umsonst und Millionen Investitionen der Regierung. Das ist Vergangenheit. Und die Zukunftsmusik klingt schon seit langem in den Ohren jedes denkenden Menschen monoton und falsch, der die elementaren Regeln der Arithmethik nicht vergessen hat, die er einst in der Volksschule gelernt hat.

Deswegen ist die Biro-Bidschan-Kolonisation wahnsinnigster Bluff einer roten Assimilationsklique.

Der Feldzug gegen die Teilung *(Fortsetzg. von S.1)*

selbst wenn wir Optimisten sind und hoffen, daß dieser Bezirk an uns fallen wird — in diesem Fall wird vermutlich das Maximum dessen, was erreicht werden kann, sein, daß die Fläche unseres Gebietes verdoppelt wird.

Gut — dieses Beerschebagebiet ist niemals in irgendwelchen statistischen Tabellen über Palästina aufgenommen — da niemand weiß, ob es dort Wasser gibt oder nicht. Aus diesem Grunde wurde bisher immer das Beerschebagebiet als terra incognita behandelt, wenn ein Versuch geologischer Uebersicht über Palästina gemacht wurde. Und es wurde dazu verurteilt, terra incognita zu bleiben, da niemand wußte, ob es kultivierbar ist. Ich hoffe, es ist kultivierbar, aber ich habe hier keine Zeit, mich mit langen Ueberlegungen hierüber zu beschäftigen. Ueber den Flächeninhalt ist nur zu sagen, daß er ausschließlich für landwirtschaftliche, und zwar wasserarme Nutzung in Frage kommt und daß die äußerste Bevölkerungsdichte, die im Beerschebadistrikt zu erreichen ist, ungefähr 25 pro Quadratkilometer sein kann. Wenn nur der Flächeninhalt verdoppelt wird, bekommen wir in diesem Fall Raum für die Einwanderung weiterer 125 000 jüdischer Immigranten. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir 1935 65 000 Juden nach Palästina brachten, so daß wir in zwei Jahren mit ähnlicher Einwanderungshöhe die Möglichkeiten erschöpfen könnten, selbst dann, wenn man davon träumen wollte, daß in einer derartig kurzen Zeit der Boden des Beerschebadistriktes vorbereitet und für Kolonisation beansprucht werden kann."

Mit der beabsichtigten Umsiedlung der Araber aus dem vorgeschlagenen jüdischen Gebiet setzte sich Jabotinsky in folgender Weise auseinander: Es tut mir leid, erwähnen zu müssen, daß die Kgl. Kommission in einem beredsamen Abschnitt vorschlägt, das wunderbare Beispiel des zwangsweisen Bevölkerungsaustausches zu befolgen, der nach dem Unglück Griechenlands zwischen Griechenland und der Türkei stattgefunden hat. Es tut mir leid; denn ich bin nicht der Auffassung, daß jenes Blatt der menschlichen Geschichte als ein Beispiel betrachtet werden sollte, das man befolgen muß. Außerdem können wir Juden, die wir überall auf einem Vulkan leben, dieses Beispiel nicht gutheißen und nicht das Risiko eingehen, daß man von uns sagt, der erste Akt, den wir nach der Sicherung unserer Eigenstaatlichkeit vollbracht hätten, sei gewesen, daß wir uns einer Orgie von Araber-Vertreibung hingegeben hätten.

Gebt uns Palästina

Einen von der Politik des Imperiums gesehen neuen Gesichtspunkt führte Jabotinsky in folgender Weise aus:

Was die Kgl. Kommission Ihnen vorschlug, bedeutet, ein Sammelbecken zu schaffen, in welchem sich jüdische Energien sammeln können, und in dem Möglichkeiten zur Expansion vorhanden sind. Bedenken Sie aber den Hunger und den Appetit, der mit unvermeidlichem Neid über die Grenze schaut. Bedenken Sie bitte die absolute Unmöglichkeit, dagegen irgend etwas zu tun. Und welches ist andererseits der arabische Standpunkt? Doch nicht der Standpunkt von Piermont. Es ist der Standpunkt von Armenien und den Assyrern, das ist die geographische und historische Parallele.

Die NZO. schlug der Kgl. Kommission, der Regierung und der britischen Oeffentlichkeit vor: Gebt uns dieses Palästina zu beiden Seiten des Jordans. Es wird dann natürlich inmitten arabischen Landes liegen. Aber es ist doch schließlich ein Land, das etwas darstellt; das dann mit einer Bevölkerung von 5 Millionen, von 6 Millionen oder von 7 Millionen gefüllt werden kann. Und es kann dort auf sich allein stehen. Aber wenn man an diesen Plan denkt, kann man nicht gleichzeitig, wie es ja die Kommission tat, vorschlagen, die Stimmung für eine arabische Föderation zu ermutigen, in der Weise, daß dieser Teil Palästinas, der ein arabischer Staat werden soll, zusammen mit Transjordanien sich den übrigen arabischen Gebieten anschließen soll, so daß ein derartiges Gebilde (auf die Landkarte der gewaltigen arabischen Territorien weisend) herauskommt. Die Araber, die hier um unser Land herum wohnen, erreichen heute eine Zahl von 10 Millionen Menschen. Dieses hier (auf das bisherige jüdische Gebiet weisend) ist eine kleine jüdische Ecke, eine kleine Villa an der Küste. Diese Villa ist unerhört reich. Ich weiß nicht, ob Sie sich klar darüber sind, daß wir Juden im Verlaufe der letzten 15 Jahre in Palästina 95 000 000 Pfund investiert haben. Sie können sich vorstellen, wie groß der Aufwand sein wird, der notwendig ist, um dort soviel Menschen wie nur irgend möglich zu ernähren.

Es ist eine Villa, reich an Mahagoni, Seide und Vorhängen, und die Besitzer sind unerwünschte, unbeliebte Leute, die in einer solchen Umgebung wohnen. Lassen Sie uns annehmen, daß die Maximalbevölkerung, die dieser geplante Judenstaat fassen kann, eine Million Menschen sei, und nicht alle hiervon werden Juden sein. Wissen Sie aber, was das bedeutet? Erwartet tatsächlich irgend jemand, daß die arabische Bevölkerung rings herum, speziell hier (auf die Karte weisend) nicht Gelüste haben und verlangen wird, dieses Bißchen zurückzubekommen, das doch schließlich mit das Beste von dem armseligen Boden, den Palästina besitzt, einschließt? Haifa ist dort inbegriffen, und Sie wissen, was Haifa bedeutet. Die Pipe-Lines sind einbezogen. Vom arabischen Gesichtspunkt aus schließt dieses Gebiet einige ihrer aristokratischen Feudalherren und ihre Intelligenz ein. Sie alle leben hier und ich möchte sie nicht verjagen.

Stellen Sie sich wirklich vor, was das bedeutet, — dieses Palästina zu beiden Seiten des Jordans, bewohnt von einer jüdischen Bevölkerung, die sich auf Europa und Großbritannien verlassen muß und Schildwache stehen würde auf den Wegen des Imperiums. Ob es eine gute und eine starke Schildwache sein wird oder nicht, weiß ich nicht, das muß das Imperium entscheiden.

Aber dieses eine kann ich Ihnen sagen. Hier ist die große Straße des Imperiums und dort ist jene kleine Villa. Der Rest der arabischen Welt kann letzten Endes zu einer pro- oder antibritischen Politik veranlaßt werden. Aber was wird geschehen, wenn Sie weiter vor den Augen der Araber ein Lockmittel schwenken, etwas, das äußerst reich ist (es kann darüber keine Zweifel geben), etwas was höchst wünschenswert ist, und ihnen doch schließlich entgegen ihrem Willen genommen wurde, und das sie nur wieder bekommen können, wenn sie mit Großbritannien Streit anfangen? Denn wenn sie nicht mit Großbritannien streiten, können sie es natürlich nicht bekommen. Das wäre noch ein zusätzlicher Faktor zu all jenen Kräften — und glauben Sie mir, sie sind sehr stark —, jene Kräfte, die die arabische Welt treiben und drängen in antibritische Denkweise und Politik.

Die Rede Jabotinskys enthielt natürlich eine große Zahl weiterer markanter Stellen, aber es ist nicht möglich, in einem gewöhnlichen Artikel mehr zu bringen, als ich hier angeführt habe. Ich erfahre jedoch, daß die politische Abteilung der NZO. im Verlauf der nächsten Woche eine wörtliche Wiedergabe der Rede herausgeben will und sie so der breiten Oeffentlichkeit zugänglich machen wird.

A. Abrahams, London.

Ormsby-Gore, Hall und Martin gehen nach Genf

Auf eine Frage des Abgeordneten Nathan gab der Minister bekannt, daß er, der frühere Chefsekretär der Palästina-Regierung, John H. Hall und der Sekretär der Kgl. Kommission, J. Martin, die Britische Regierung vor der Mandatskommission vertreten werden.

Hauptschriftleiter: Zoltán Illés, Berlin W 50. — Verantwortlicher Anzeigenleiter: Paul Rehfisch, Berlin-Wilmersdorf. Auflage 6000. — Verlag: „Das Jüdische Volk", Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin. — Druck, Abonnements- und Anzeigenverwaltung: M. Leßmann, Berlin. — Anzeigen-Preisliste Nr. 1 ist gültig.
Die vorliegende Nummer ist abgeschlossen am Freitag, 23. Juli 1937.
Bei Betriebsstörung infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Nachlieferung des Blattes oder Rückzahlung des Bezugsgeldes. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. Eine Verpflichtung zur Honorierung von unverlangt eingesandten Manuskripten, die nicht zum Abdruck kommen, wird ausdrücklich abgelehnt.

Unsere Meinung

In den Tagen der Entscheidung...

Der englische Teilungsplan ist vom Standpunkt des Judenstaatszionismus das Widersinnigste und Unerträglichste, was sich überhaupt denken läßt. Die Judenstaatsidee hatte immer schon innerlich mit dem Widerspruch zu kämpfen, daß Palästina nicht ausreicht, um das Judenproblem zu lösen und die unversöhnliche Ablehnung der Abtrennung Transjordaniens ist deshalb durchaus keine chauvinistische Spielerei, sondern Ausdruck der ernsten Erkenntnis, daß viele Probleme im engen Rahmen Westjordaniens ohne ungesunde Verkrüppelung überhaupt nicht lösbar sind, wie z. B. die brennende Bodenfrage. Zionismus ohne Zion ist aber vollständiger Unsinn und geradezu eine Lästerung. Daß wir zunächst die wirtschaftlich bequemsten Teile in Angriff genommen haben, besagt gar nichts. Das alte jüdische Kulturland lag im Gebirge, und erst die Araber haben aus dem Bergwaldland eine Bergwüste gemacht. Bethlehem, Hebron, Jerusalem und Samaria sind unsere geschichtlich geheiligten Städte. Man hat uns angegriffen und gemordet, verbrannt, verwüstet. Wir haben uns in die sündhafte Hawlaga hineinreden lassen, weil man uns den Lohn der Selbstbeherrschung versprochen hat. Man hat — scheinbar wenigstens — rebellischen Hochverrat gegen die englische Herrschaft begangen. In jedem Lande, dessen Herrschaft England als seine Sache empfindet, wäre dieses Verbrechen blutig geahndet worden. Und der Enderfolg ist: daß man uns wiederum einen großen Teil unseres Erbes wegnimmt und dem Räuber überantwortet. Transjordanien ist Steppe geblieben, Juda und Samaritanien sollen Bergwüsten bleiben, weil es in ein politisches Kalkül des englischen Kolonialministeriums so hineinpaßt.

Was ist mit der jüdischen Welt, was ist mit dem jüdischen Jischuw geschehen? Warum antwortet nicht ein Schrei der Empörung auf diese unerhörte Demütigung? Warum kalkulieren und diplomatisieren unfähige und satte Beamte an unserem Unglück herum?

Die jüdische Welt ist müde, abgehetzt von Verfolgungen, Schicksalsschlägen, Enttäuschungen. Und den berufsmäßigen Zionisten ist der Zionismus keine ernste Sache. Sie sind Skeptiker, die alles glauben, vertreten und hinnehmen können.

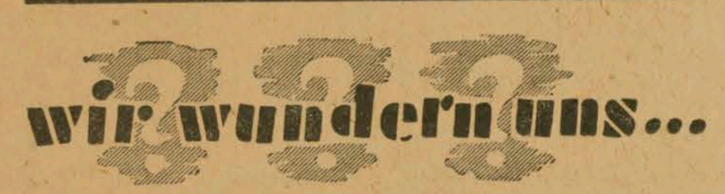
Den jüdischen Jischuw hat man systematisch in eine schwere Krise hineingehetzt und ihn jetzt noch durch die Sperrung der Alija beinahe erdrosselt. Die Leute schnappen nach Luft, sie greifen nach dem Stück Brot, das man ihnen hinhält. Zuckerbrot und Peitsche, das alte Rezept.

Scheinbar ist im Jischuw heute gar kein Widerstand, überhaupt kein ernsthaftes Interesse zu spüren. Die Krämer und Mäkler glauben, was man ihnen erzählt. Sie glauben, daß Weizmann ein Vorkämpfer der nationalen Freiheit ist, daß Ben Gurion immer ernstlich gegen die Abtrennung Transjordaniens gekämpft hat, sie glauben, daß Widerstand überhaupt nicht ernstlich in Frage kommt, daß der "Judenstaat" erweitert wird, sie glauben jeder bezahlten und bestochenen Schreiber- und Beamtenseele, und nur den revisionistischen „Schreiern" glauben sie nicht. Sie wollen Alija und Prosperity, Frieden und Geschäft.

Und doch wissen wir und glauben wir aus heiligster Ueberzeugung, daß das alles nur eine schlammige Schicht auf der Oberfläche ist. Auch andere große Nationen schienen verrottet und verkommen, erloschen in träger Resignation. Und sie sind auf den Ruf eines Erweckers zu gefährlichem Leben erwacht.

Noch gibt es auch hier eine Gruppe von Menschen, die sich nicht betrügen und einschläfern läßt. Und mit diesen Menschen ist die ewige Wahrheit, ist Zion und die Judenstaatsidee. Ihre Stunde wird kommen und von dem Sturm ihres Rufes wird das Kartenhaus aus Dummheit und Feigheit zusammenbrechen.

Dr. H. Bl.



„In dieser Zeit...??!"

Wir Juden in Deutschland haben ein Gesellschaftsspiel erfunden: Wenn einer von uns jemanden, der es verdient hat, zurechtweisen will und sich das nicht in aller Stille erledigen läßt, ringen sofort ein paar Dutzend Leute die verantwortungsbewußten Hände und stöhnen beschwörend: „In dieser Zeit...??!". Bloß weil es sich um einen J u d e n handelt! Und man k a n n doch nicht——! Wenn ein Jude Dreck am Stecken hat — keine Gemeinschaft besteht nur aus Engeln — soll man, ginge es nach jenen, als Jude den Mund dazu halten und ihm alles nachsehen, weil sonst die andern merken könnten, was sie ohnedies wissen und merken. Lächerliche Taktik! Beim Gesellschaftsspiel „In dieser Zeit...??!" gilt als erste Regel, daß man zwar laut und vernehmlich von allem reden soll, was Juden an Rechtem und Tüchtigem leisten und sich mit den Lorbeeren unserer Künstler und Gelehrten mit geschmückt fühlen darf; aber, wenn ein schwarzes Schaf in Erscheinung tritt, muß man rasch den Kopf in den mehr oder weniger national gefärbten jüdischen Sand stecken und stöhnen: „In dieser Zeit...??!"

Man kann uns bei solchem Verhalten mit Recht den Vorwurf machen, daß wir den Mut nicht hätten, das Vorhandensein von schwarzen Schafen unter uns zuzugeben. Warum tun wir's eigentlich nicht? Wir dürfen genau den gleichen Prozentsatz von Asozialen und sonstigen Schädlingen unter uns haben, wie andere Volksgemeinschaften auch. Die schwarzen Schafe sind auch bei u n s da. Aber statt sie totzuschweigen, wollen wir lieber dazu beitragen, sie zu erziehen.

Die Asozialen! Man braucht nicht schon mit dem Strafgesetz in Berührung gekommen zu sein, wenn eine Gemeinschaft, die sich ihres Wesens und ihrer Aufgabe bewußt ist, einen als „schwarzes Schaf" herausstellt. Es bedeutet schon asoziales Verhalten, sich in seiner Lebensführung, soweit sie nach außen sichtbar wird, seinem Auftreten und Verhalten in der Oeffentlichkeit, in aufreizenden Gegensatz zu der Gesinnung und Haltung der Gemeinschaft zu stellen, der man angehört.

Unter uns — und besonders in der „wüsten Stadt Berlin", wie es in einem jiddischen Liedel heißt — laufen z. B. eine ganze Reihe solcher Schafe herum, für die man übrigens auch andere zoologische Bezeichnungen finden könnte. Zu ihnen müßte man auf der Straße oder in einem Kaffeehaus hingehen und, wenn es sich — wie so oft — um die holde Weiblichkeit handelt, sagen:

„Gnädige Frau" — So wünschen Sie ja wohl angesprochen zu werden, wenn Sie es diesmal nicht höchst ungnädig aufnehmen sollten — „wie kommen Sie eigentlich dazu, hier mit zigeunerhaft frisiertem Haarschopf, auf Hochglanz poliert, gefärbt vom Kopf bis zu den Zehennägeln, herumzulaufen und herumzusitzen? Sie sind Jüdin, auch wenn Sie alle Deckfarben ausprobieren, um als deutsche Arierin, zumindest aber als Südländerin, zu gelten. L e i d e r sind Sie Jüdin. Leider — denn Ihre Aufmachung, die mit Gut-Angezogensein nichts mehr zu tun hat, Ihre snobistische Modischkeit, Ihre lautsprecherische Arroganz — alles das macht in einer einzigen Minute zunichte, was tausend tapfere, schlichte, pflichtbewußte jüdische Frauen und Mädchen sich an Achtung in der Umwelt errungen haben. Sie mit Ihren Pelzcapes und Füchsen und unmöglichen Kopfbedeckungen. Sie mit Ihrem glitzernden Schmuck, mit Ihrem Email, wo's nur hinzupinseln ist, mit Ihrem wiegenden Gang und Ihrem beifallfordernden Blick: S i e und Ihresgleichen werden gesehen. S i e fallen auf. Die Zehntausende in der Haushaltungsschürze, im Bürokleid, im Arbeitskittel, die jüdischen Frauen, wie sie w i r k l i c h sind und wie wir sie kennen, d i e f a l l e n n i c h t a u f !

Was tun wir nun mit Ihnen, gnädige Frau? Sollen wir Ihren und Ihresgleichen Namen n e n n e n ? (Und wir w ü ß t e n Namen!). Nein, heute noch nicht. Aber: in aller Oeffentlichkeit, in Tanzkaffees, in Ausflugsorten, an der Autoparkstelle, im Badeort möchte ich Ihnen wohl die emaillierte Visage waschen, und ruhig die Teilnehmer an besagtem Gesellschaftsspiel, das Ihnen erst die Sicherheit für Ihr unerhörtes Benehmen und Auftreten gibt, dazu stöhnen lassen: In dieser Zeit...??!

Wer vergißt denn diese Zeit? S i e oder w i r ?

Leider darf ich Ihnen n i c h t die Visage waschen. Also mußte ich mich damit begnügen, Ihnen hier den Kopf zu waschen. Die Schminke geht davon freilich nicht herunter, vielleicht aber Ihr all zu buntes Selbstbewußtsein. Dann wäre darauf wenigstens so viel Platz geschaffen, daß ein bißchen — S c h a m r ö t e darauf zu sehen wäre — — i n d i e s e r Z e i t !"

Aus der Berliner Gemeinde

Berlin, 23. Juli 1937.

Nachdem der zwei Jahre hindurch fortgesetzte Versuch, Dir. Kareski auf dem politischen Schlachtfeld kalt zu stellen, nur zu einer Kette von Mißerfolgen für seine Gegner geführt hatte, haben diese sich eine andere Methode ausgesucht, indem sie den Kampf auf das wirtschaftliche Gebiet verlegten, ohne Rücksicht darauf, welche Auswirkungen diese Methoden haben müssen. So ergab sich eine Situation, in der Dir. Kareski, um Kompetenzüberschneidungen zu vermeiden, seine Bereitwilligkeit aussprach, zur Wahrung der ihm obliegenden Interessen auf sein Amt im Gemeindevorstand zu verzichten.

Heute hat Dir. Kareski seine Absicht ausgeführt, um der für heute einberufenen Repräsentantenversammlung Gelegenheit zur Neubesetzung seines Vorstandspostens zu geben. Die Repräsentantenversammlung hat in ihrer Sitzung, die heute mittag um 2 Uhr begann, Ministerialrat Fuchs in den Gemeindevorstand gewählt, und zwar mit 21 Stimmen, während 10 Stimmen auf den vom Volksbund und der Staatszionistischen Organisation präsentierten Dir. Schmeidler fielen.

Der Rücktritt von Dir. Kareski, der in den letzten Tagen M i t t e l p u n k t e i n e r b e i s p i e l l o s e n F l ü s t e r p r o p a g a n d a w a r , die vor den s c h l i m m s t e n V e r l e u m d u n g e n n i c h t z u r ü c k s c h r e c k t e , wird zweifellos weit über den Kreis seiner nächsten politischen Freunde hinaus tiefes Bedauern auslösen. Daß die Regisseure dieser unerfreulichen Aktion die Gelegenheit dazu benutzten, um eine politische Machtverlagerung in der Gemeinde durchzusetzen, widerspricht allen Regeln der politischen Fairness und wirft ein bezeichnendes Licht auf die wirklichen Triebräder dieser Entwicklung.

D i e S t a a t s z i o n i s t i s c h e O r g a n i s a t i o n b e t r a c h t e t d i e s e n V o r g a n g a l s e i n e M i ß a c h t u n g i h r e r R e c h t e u n d s i e m u ß s i c h v o r b e h a l t e n , d a r a u s d i e e n t s p r e c h e n d e n K o n s e q u e n z e n z u z i e h e n .

★

Die Fraktion des Jüdischen Volksbundes erklärt in ihrer heutigen Sitzung: „Wir drücken dem durch uns in den Vorstand gewählten Herrn Dir. Kareski unser ganzes Vertrauen aus. Wir folgen ihm nach wie vor mit ganzer Seele und stehen geschlossen hinter ihm. Wir fordern von ihm, daß er unter allen Umständen seine Bereitschaft zur Demission zurücknimmt und verlangen absolut die Fortsetzung seiner Arbeit im Vorstand der Jüdischen Gemeinde, die wir im Interesse der Juden in Deutschland als dringend erforderlich ansehen."

B e r l i n , den 19. Juli 1937.

Die Repräsentanten des Jüdischen Volksbundes.

★

Rabbiner Dr. J. Fried, Mitglied des Präsidialausschusses der Staatszionistischen Organisation, wurde auf Vorschlag der Jüd.-Nat. Jugend „Herzlia" (Betar) in den Führerrat des Reichsausschusses der Jüdischen Jugendverbände e. V. gewählt.

Gefängnisstrafen für Mitglieder des Brit Hachajal

In den letzten Wochen sind in Polen Mitglieder des Brit Hachajal zu langen Gefängnisstrafen verurteilt worden, weil sie jüdisches Leben und Eigentum gegen Pogromisten schützten. Unter ihnen befindet sich Freedman, ein langjähriges Mitglied und Kommandeur des Brit Hachajal in Minskma, der zu acht Jahren Gefängnis verurteilt wurde, und die Offiziere Miller und Bronstein, die je ein Jahr Gefängnis erhielten.

Nachrichten aus aller Welt

Deutschland. Der Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände e. V., Berlin, teilt mit, daß Dr. Friedrich Brodnitz Anfang Juli, kurz vor seiner Auswanderung, sein Amt als Vorsitzender des Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände e. V. niedergelegt hat. Als Nachfolger von Friedrich Brodnitz wurde Hans Friedenthal gewählt.

In Hamburg ist Rabbiner Dr. Leopold Lichtig im Alter von 66 Jahren gestorben. Er war seit dem Jahre 1906 Rabbiner der Deutsch-Israelitischen Gemeinde und eine Zeitlang Leiter der Hamburger Jeschiwa. Vor einigen Jahren wurde er in das Oberrabbinat des Deutsch-Israelitischen Synagogenverbandes als Dajan berufen.

Holland. Anläßlich des im Haag abgehaltenen landwirtschaftlich-industriellen Kongresses hat der Präsident der französischen Republik, Lebrun, zwei bekannte holländisch-jüdische Agronomen, Dr.-Ing. E. Elion und Ing. J. L. Waterman, zu Offizieren des Ordens „Mérite Agricole" ernannt.

Polen. In einem Rundschreiben des Polnischen Clearing-Instituts wird bekanntgegeben, daß mit Wirkung vom 10. Juli 1937 gewisse Geldüberweisungen nach Palästina ohne besondere Bewilligung der Devisenkommission vorgenommen werden können. Die Ueberweisungen können durch eine Reihe hierzu bevollmächtigter Banken auf Grund einer Bestätigung der Gesellschaft „Chalifin" für polnisch-palästinensischen Waren- und Geldtransfer vorgenommen werden. Genehmigungsfrei sind monatliche Ueberweisungen von 100 Zloty für Aufenthaltskosten in Palästina und zur Unterstützung in Palästina wohnhafter Personen, von 250 Zloty für Studierende oder für Personen, die sich zu Heilzwecken in Palästina aufhalten, ferner von 40 Pfund pro Person für Touristen, von 250 Pfund für Investitionen und von 1000 Pfund pro Person für Auswanderer. Ausdrücklich wird betont, daß es sich hierbei nicht um Ueberweisungen im Zusammenhang mit Warengeschäften handeln dürfe.

Auf Ersuchen des Professors an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Warschau, Dr. Wodzynski, hat sich die zoologische Abteilung der Hebräischen Universität Jerusalem bereiterklärt, eine gemeinsame wissenschaftliche Untersuchung über Wandervogelflug durchzuführen. Professor Wodzynski sendet mit Flugzeug Störche aus Polen, die mit besonderen Zeichen versehen werden, nach Palästina. Diese sollen dort unter Aufsicht der Mitarbeiter der zoologischen Abteilung der Universität zur Feststellung ihrer Flugrichtung freigelassen werden.

Zum 22. August wird nach Warschau eine außerordentliche Landeskonferenz der Revisionisten Polens einberufen werden. Zur Konferenz wird, außer einer Reihe prominenter Führer des Revisionismus, der Präsident der Neuzionistischen Organisation Wld. Jabotinsky erwartet.

Oesterreich. Bei der Eröffnung der zweiten Tagung der österreichischen Röntgenologen in Wien würdigte Bundesminister Resch die Verdienste des Pioniers der Röntgenheilkunde Prof. Dr. Leopold Freund, der vor mehr als vierzig Jahren die Röntgentherapie begründet hat. Der Bundespräsident hat dem Gelehrten in Anerkennung seiner hervorragenden Forschertätigkeit den Titel eines Hofrates verliehen.

Bulgarien. Nach längeren Verhandlungen mit der türkischen Regierung hat sich diese bereiterklärt, 200 türkisch-jüdischen Familien, die von Ausweisung bedroht waren, weil ihre alttürkischen Pässe von der neuen Regierung nicht anerkannt wurden, provisorische Pässe auszustellen. Daraufhin wurde diesen Familien von den bulgarischen Behörden Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Rumänien. Zwischen Rumänien und Palästina wurde ein neues Handelsabkommen getroffen, in dem vorgesehen ist, daß aus Rumänien nach Palästina im Jahre 1937/38 Waren im Werte von 1 200 000 Pfund ausgeführt werden, während Rumänien in derselben Zeit Waren im Werte von 200 000 Pfund aus Palästina bezieht.

Jugoslawien. Durch Königliches Dekret ist der Richter am Appellationsgerichtshof Avram Russo zum Mitglied des Obersten Gerichtshofes Jugoslawiens ernannt worden.

Palästina. Im Hafen von Tel Aviv ist zum erstenmal die mit den Schiffen aus Europa eintreffende Post ausgeladen worden. Die Post für Tel Aviv wurde bisher über Jaffa zugestellt.

Auf einer Feier, die der Jerusalemer Betar aus Anlaß seines zehnjährigen Bestehens veranstaltet hatte, sprach u. a. Prof. Dr. Klausner, dessen begeisterte Ansprache in die Worte ausklang: „Jetzt, da dem Zionismus eine Spaltung droht, müßt Ihr geschlossen dastehen. Ich habe die Ueberzeugung, daß, weil der Betar da ist, das jüdische Volk weiterexistieren und die endliche Verwirklichung seiner nationalen Hoffnungen erleben wird." Die Kundgebung, die im Hotel „Edison" stattfand, hinterließ in ihrem würdigen Rahmen einen nachhaltigen Eindruck. Begrüßungstelegramme wurden u. a. verlesen von: Rosch-Betar S. Jabotinsky, Vizebürgermeister Auster und Oberrabbiner Dr. Herzog.

Algier. Im Alter von 74 Jahren ist der Oberrabbiner von Algier, Samuel Serror, nach längerer Krankheit gestorben. An der Beisetzung nahm eine ungeheure Menschenmenge teil.

Amerika. Im Alter von 54 Jahren ist in New York der bekannte jüdische Publizist, Dr. Abraham Coralnik, gestorben.

Dr. Coralnik war 1883 in Uman (Ukraine) geboren. Er genoß eine gründliche jüdische Erziehung und studierte später nach Absolvierung des Gymnasiums an den Universitäten in Kiew, Florenz, Berlin, Bonn und Wien, wo er das Doktorat der Philosophie erwarb. Coralnik begann seine journalistische Laufbahn als Mitarbeiter des zionistischen Zentral-Organs „Die Welt" und der Wiener Tageszeitung „Die Zeit". Später arbeitete er an verschiedenen in deutscher und russischer Sprache herausgegebenen Zeitungen mit, und trat 1915 in die Redaktion der New Yorker Tageszeitung „Der Tog" ein.

Dr. Coralnik hat auch mehrere Bücher in deutscher Sprache verfaßt, darunter das „Russenbuch" (1914) und einige Schauspiele. Politisch hat er sich innerhalb der Zionistischen Organisation betätigt und war eine Zeitlang auch Mitglied des Großen Aktions-Komitees.

In Portland ist im Alter von 63 Jahren Julius L. Meier, der in den Jahren 1931 bis 1935 Gouverneur des Staates Oregon war, gestorben.

Julius Meier, der im Dezember 1874 in Portland (Oregon) geboren wurde, absolvierte seine Studien an der Universität Oregon und übte in den Jahren 1895 bis 1899 die Rechtsanwaltspraxis aus. Er betätigte sich in verschiedenen jüdischen Wohlfahrtsgesellschaften und war Vorsitzender der Synagogengemeinde Bet Elohim.

Rachel sammelt ihre Kinder

Von Dr. Reuben Hecht (Jerusalem)

Viele, viele Geschlechter sind vergangen. Sie alle waren jüdisch. Jüdisch im Blut, im Handeln, im Denken. Diese geheimnisumwobene, unbeschreibbare Eigenheit, die diese Menschen schied von allen, die nicht ihres Erbteils, nicht ihrer Urerlebnisse waren. Diese Vergangenheit, die im Innern so bedeutsam, wenn manchmal auch unbeachtet, und oft unbegriffen, raunt. Sie alle, die gezeugt wurden, die kamen und wieder vergingen, sie alle berührten diese Erde, um ihr Ich, ihren Anteil an der Judenheit, über die begrenzten Maße ihrer Persönlichkeit und über die Zeit ihres Erdenwandels hinaus zu erhalten: sich fortzupflanzen in immer neuen Juden, Generationen und Generationen.

Und so bildete sich eine lange Kette, deren Urende in eine alte Vergangenheit zurückreicht, in eine kraftspendende Geschichte von Größe und fruchtbaren Eigenwerten, in die Zeit einer Chronik von dreiunddreißig Jahrhunderten. Und im Blut all dieser Geschlechter rauschte verschüttete Erinnerung, doch sorgsam gehegt, sorgsam weitergeleitet. Halt, Hoffnung und Wegweiser durch lange, dunkle Nacht.

Wie unwiederbringlich verloren, wie rasch vernichtet, war bei vielen Gliedern dieser Kette alles Opfern: ein einziger Fehltritt, eine Mischehe, ein schwacher Charakter, der die Taufe vorzog um weltlicher Stellung willen, ein solches den Vorgängern unwürdiges Glied der Kette, reichte aus, um sie auf immer abbrechen zu lassen, um ihre weiteren Nachkommen auszustreichen vom Buche des Judentums, die Leiden der Vorfahren zum sinnlosen Wahn zu stempeln, die sorgsame Hut des Erbes von Jahrhunderten auszugießen.

Aber die, die heute erfassen dürfen, was ihr Bluterbe wert ist, die stolz sein dürfen, Nachfahren dieses umwitterten Volks zu heißen, die in Würde und Trotz den Stürmen standhielten — sind eine Auslese aus stahlhärtendem Schicksalsfeuer. Sie sind die Nachfahren derer, die Scheiterhaufen und Schwert, Hunger und Seuche, Armut und Tod, — alle Tode ausgeheckter Grausamkeiten — erlitten haben, für ein einziges Ziel: nur, damit ihre Nachkommen reine, unverfälschte Juden bleiben können, damit sie selbst als unbeflecktes Gefäß den Inhalt des Judeseins fortpflanzen können, von Geschlecht zu Geschlecht, nicht als irgendwelche „Menschen", sondern als etwas Besonderes, Eigengeartetes, als „Juden". Und dafür verzichteten sie auf alle Ehren, alle Aufstiegsmöglichkeiten der Umwelt, die ihnen im Vergleich leicht wogen, und sie setzten Opfer ihres Lebens und Körpers dafür ein. Denn die Abtrünnigen erhielten in verschwenderischem Maß von der Umwelt alles Glück, ebenso sicher, gern und leicht, wie den Getreuen nur Düsternis und Leid in der Zukunft winkte.

Und trotz dieser Schicksalsschwere und Dunkelheit im Weg, den sie durchkämpften, schwebte diesen Wesen eine Hoffnung vor. Ihnen, die in sich stolz und groß das Glück des Judeseins minütlich empfanden und die Schwere ihrer Aufgabe auf Schritt und Tritt spürten, in ihrem Ghetto als Juden in Achtung, außerhalb ihrer Wände von der Umwelt verspottet und geknechtet, auf ihrem endlosen Weg durch die Weltenlande und alle Weiten. Sie wußten: auserwählt ist ihr Volk, auserwählt vom Gott seiner Geschichte, vom Leitfaden seines Schicksals, wenn sie nur fest und unabbringbar sich selbst, ihrer Hoffnung, treu bleiben würden! Dann werde eine Zeit der Kräftesammlung anbrechen, durch die die jahrhundertelange, harrende Geschlechterkette ihren Sinn erhalten würde. Es werde sich dann erweisen, daß die auf dem schweren Leidensweg in Treue Ausgeharrten, die Volks-Auslese, wieder auferstehen werden! Die Kette, die jedem heutigen Juden sein Blut und sein ungebeugtes Judesein erhalten hat, die Seelen, die die Qualen der Scheiterhaufenflammen, Folterkammern, Galeeren und Sklavendienste, willig und frei auf sich genommen für den Wert des Judenvolks und dessen Bestand, die den Gefängnissen und Pogrommartern ihren vergänglichen Leib, ihre individuelle Persönlichkeit feilgeboten hatten, um mit diesem Opfer ihren Geist und ihr Erbe, ihre Kinder, den Fortbestand des Judentums zu erhalten, werden in ihren Nachkommen weiterleben. Sie werden die Zeiten und Völker überstehen, die verschiedenen Mizrajim, Babylon, Assur, Rom, Spanien, Rußland, Europa und alle anderen. Denn sie sind Kraft, Quelle und Vorbild der kommenden, durch sie geretteten Generationen, Stütze in allen Zweifeln und neuen Martern. Läuterung für den Ewigkeitsbestand des Volkes Jisrael. Zeugen für dessen große und tiefe Geschichte. Sie wußten, und das war ihre Kraft des Harrens, daß die Zeit kommen werde, da die Aufrechten wieder zurückkehren werden zu ihrem Ursprung, um mit eigenen Ohren das Rauschen der Befreiungshymne zu hören, mit eigenem Munde die Tatenlehre zu künden, mit eigenen Augen das Land als wiedermiterstandenes Erez Jisrael zu schauen, da Volk und Land, auf einander wartend, nur zusammen wieder in die Höhe steigen werden. Mit eigenen Händen werden die Nachkommen den Staat neu aufrichten, den Jüdischen Staat der Ahnen, mit eigenen Körpern ihn und das Volk schirmen und befreien!

Und wir, unsere Generation, sind die Glieder, die die Kette als heute jüngste Reihen schließen, ihren Sinn erfüllen. Auf uns lastet der erfüllende Tatsinn der ganzen heroischen Vergangenheit. Wir schließen wieder an an den Kettengliedern, an denen unsere Geschichte vor zweitausend Jahren zerriß, wo die Glieder zerstreut wurden aus dem geraden Ablauf der Geschichte von Volk und Land. Wir haben den sorgsam gehüteten. verstreuten, Kettengliedern ihren Wert zu geben und sie zu sammeln, zur Einheit zu schmieden. Und wenn wir im Zusammenschmieden so jedem Kettenglied seinen Sinn ureigen wieder schaffen, dann war das Lied nicht umsonst, dann hat die schmerzreiche Saat ihre Ernte gefunden, dann hat jedes Glied seine Aufgabe durchhaltend erfüllt.

Denn wir kehren zurück, um die Geschichte unseres Volks ruhmreich zum Siege dort fortzuführen und zu vollenden, wo die Kette zerriß. Und den Ahnen, die durch ihre Treue im Ausharren, ihr Bewahren unseres kostbarsten Gutes, uns unsere ganze heutige Existenz als Juden ermöglicht haben, die uns dieses tiefe Glück durch die endlose, schwere, Zeit erhielten, schwören wir dankend Treue. Wir kennen die Verantwortung der Zeit, des geopferten Blutes. Wie für sie gelte uns, die wir vollenden dürfen, das Judentum, das Judenland, das Judenvolk, der Judengeist: Alles!

Und Ihr, Jüdische Frauen, Ihr, die Ihr diese Kettenglieder ebenso schmerzhaft gehütet, erzogen, bewahrt, wie Ihr sie geboren habt, Ihr findet heute eine neue, große und heilige, verantwortungsschwere Aufgabe, die kommenden eisernen Generationen zu gebären und zu erziehen, damit sie der großen, durch die Geschichtserfüllung vorgeschriebenen, neuen Aufgabe gewachsen seien. Denn nun naht die Generation der Entscheidung, der Erfüllung. An ihrer Wiege steht Ihr! Für unsere Heimatscholle, auf unserer Heimatscholle, hat sich dieses Geschlecht für alles einzusetzen, mit ganzem Ich, für das Ziel, für das mit Freudentränen die Ahnen litten und auf das sie hofften. Für diese Generation lebten, stritten, litten, starben sie! Damit die neuen Kettenglieder leben und vollenden können! Damit der Traum zur Wirklichkeit und Wahrheit werde. Damit die aus Volk, Blut, Geschichte und Land entstandene, den Lebenswillen und Sinn des Volks schmiedende, im geheiligten Wort voller Wucht geoffenbarte Verheißung sich erfülle. Ihr, Frauen, Hüterinnen des Erbes, müßt Heldinnen sein, Heldengattinnen und Heldenmütter, Vorbild, in der Tat, im Geist, im Opfern, im Anregen, im Mitkampf! —

Rachel stellt den Tränenbecher vor Gottes Thron. Der Kelch ist bis zum Rande gefüllt. Wie ein Loewe brüllt der Herr der Heerscharen auf, und voller Furcht verhüllen die Engel ihr Angesicht. Rachel steigt herab in ihr Land. In banger Erwartung schmückt sie sich zum Empfang ihrer Kinder. Sie erwartet, sammelt, und ruft Euch in die Heimat! Und sie ruft jede von Euch auf, Jüdische Frauen, jede einzelne mit ihrem jüdischen Namen. Seid bereit; Rachel ruft Euch, Hebräerinnen: Jehudit, Atalja, Mirjam, Ester, Dewora, Schulamit, — Ruth!

Vertrauensvotum für Dir. Kareski

Nachdem in den letzten Tagen innerhalb Deutschlands wilde Gerüchte über unseren Präsidenten verbreitet wurden — die Drahtzieher zu benennen, halten wir für verfrüht —, erklären wir hiermit in aller Oeffentlichkeit, daß wir zu unserem Präsidenten Georg Kareski das vollste Vertrauen haben, geschlossen hinter ihm stehen und nach wie vor seiner bewährten Führung Folge leisten werden.

Das Präsidium der Staatszionistischen Organisation.

Neciwut Brith Haschomrim

Neciwut Betar

Falschmeldung der Jüdischen Rundschau

Die Meldung der Jüdischen Rundschau in Nr. 37, wonach der stellvertretende Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Georg Kareski, aus seinem Amt als Mitglied des Gemeindevorstandes ausgeschieden sei, ist in dieser Form unrichtig. Richtig ist nur, daß Kareski seine Bereitwilligkeit, zurückzutreten, ausgesprochen hat, um scheinbare Kompetenzüberschneidungen auszuschalten. Welches Ergebnis die Bemühungen, seinen Entschluß rückgängig zu machen, haben werden, steht noch dahin.

Ein Chazaren-Roman von Oskar Baum

Im Verlag R. Löwit ist soeben der Roman „Das Volk des harten Schlafes" von Oskar Baum erschienen. Es ist dies die erste literarisch-künstlerische Behandlung der heute noch im Dunkel liegenden Geschichte der Chazaren. Der Roman spielt in Südrußland, im Reiche des Chazarenvolkes, das vom Kaspischen Meer bis zu den Karpathen reichte. Ein großer Teil dieses Volkes, insbesondere die Oberschicht, ist bekanntlich zum Judentum übergetreten. Das nach schweren Kämpfen neu organisierte Reich blühte ein Vierteljahrtausend lang, es wird von Zeitgenossen als ein Wunder der Toleranz gegenüber allen Bekenntnissen beschrieben. Der Dichter hat die historischen Dokumente über dieses Reich, insbesondere seine Entstehungskrise, zu einem großangelegten Geschichtsbild verarbeitet.

Aus unserer Korrespondenzmappe

Wie nicht anders zu erwarten war, sind neben den Hunderten von Abonnementsbestellungen, die auf unsere Werbenummern eingegangen sind, auch ein paar Zuschriften an uns gelangt, die uns kritisch zu „vernichten" beabsichtigen. Einige davon möchten wir doch zur Erheiterung unserer Leser wenigstens in ihrem wesentlichen Inhalt wiedergeben.

Herr M. Sch. setzt unseren kritischen Darlegungen die klassischen Worte entgegen: „Es lebe Weizmann und mit ihm der Hechaluz!" Worauf wir mit dem gut jüdischen Ausspruch „bis 120 Jahre!" antworten.

Ernster nehmen wir schon die Zuschrift einer hoffentlich hübschen jungen Dame Grete L., die sich erbittert über unfaire Polemik und mangelndes Niveau unserer Artikel beschwert. Sie versichert, daß sie eine andere Auffassung vom Zionismus hätte, was wir ihr unsererseits bereitwilligst bestätigen wollen.

Ein anonymer Einsender versichert uns: „Wir Juden in Deutschland wollen von deutschen Juden geleitet werden." Er findet es traurig, daß sich „Glaubensgenossen gegenseitig bekämpfen", schließt aber seine Zuschrift, offenbar um seiner jüdisch-pazifistischen Einstellung sichtbaren Ausdruck zu geben, mit dem alten Naumannschen Kampfruf: „Die Ostjuden sind unser Unglück."

Schließlich wollen wir eine Zuschrift vollinhaltlich zum Abdruck bringen. Sie lautet:

> „Ich verbitte mir ganz energisch die unverschämte Belästigung durch Uebersendung Ihres jüdischen Geschwätzes. Gehen Sie damit in Ihre Heimat Palästina!
>
> *gez.: P. M., Dip.-Ing., Lt. d. R.*"

Der Herr Diplom-Ingenieur und Leutnant d. R. hätte sich die Aufregung, in die ihn unsere Zeitung offenbar versetzt hat, ersparen können, wenn er daran gedacht hätte, daß die Zeitung nicht ihm, sondern seiner Frau und Tochter zugegangen ist. Frau und Tochter sind aber nach Ausweis des Gemeindekatasters heute noch Jüdinnen. Es handelt sich also um einen bei einer Austragung durch Boten schwer vermeidbaren kleinen Betriebsunfall. Trotzdem, glauben wir, hätte Herr Meyer sich bei seiner Aufregung fragen sollen, ob er Religion und Nation, der seine eigene Frau und Tochter angehören, in dieser Form beleidigen darf. Aber das ist schließlich Familiensache.

Prominente Auslandsgäste in Berlin

In der letzten Woche weilten einige hervorragende jüdische Persönlichkeiten in Berlin. Ueber den Vortrag des Prof. Sukenik aus Jerusalem, den er anläßlich eines Gemeindeabends in der Prinzregentenstraße hielt, bringen wir einen Sonderbericht. Hinsichtlich der beiden andern Persönlichkeiten können wir aus der Feder eines unserer Mitarbeiter folgendes mitteilen:

Oberrabbiner Dr. Federbusch aus Helsingfors hielt sich zu wissenschaftlichen Arbeiten vorübergehend hier auf. Er ist seit 1931 der Oberrabbiner von Finnland und hat sich in dieser Zeit mit Erfolg bemüht, die 3000 Juden Finnlands zu einer organisatorischen Einheit zusammenzufassen. In Berlin hat er neben seiner Tätigkeit Zeit gefunden, eine Reihe von Institutionen der jüdischen Gemeinde zu besichtigen und auch bei der Großkundgebung der Staatszionistischen Organisation in den Musikersälen war er ein gern gesehener Gast. Die Versammlung hat auf ihn einen starken Eindruck gemacht, und er war überrascht, in Berlin ein so stark pulsierendes jüdisches Leben feststellen zu können. Jüdischpolitisch gehört er dem Misrachi an, und zwar nicht jener pflaumenweichen Absplitterung, die wir in Deutschland, Holland und der Schweiz kennen. Auf unsere Frage nach seiner Stellungnahme zum Peel-Bericht, bekannte er sich als grundsätzlicher Gegner der Zerstückelung Palästinas und gab der Erwartung Ausdruck, daß der Zionistenkongreß ihn einmütig ablehnen würde. Wir sind leider der Meinung, daß Herr Dr. Federbusch, der auf vielen Gebieten des jüdischen Lebens, auch in der Schächtfrage, aktiv tätig ist, in dieser Beziehung eine Enttäuschung erleben dürfte.

Prof. Dr. Ginsburg aus Nebraska (U. S. A.) ist auf einer Studienreise begriffen, die ihn durch zahlreiche Länder führt. Er ist Archäologe und seine Spezialität sind antike Gläser. Als wir ihn zu sprechen Gelegenheit hatten, stellten wir die Frage, welche jüdischen Institutionen er sich angesehen habe. Etwas erstaunt antwortete er, daß er keine besichtigt habe, da er keine Erlaubnis der Gestapo dazu besäße, die man ihm im Ausland als absolut notwendig bezeichnet hatte. Es überraschte ihn sichtlich, zu hören, daß kein Jude eine Erlaubnis der Gestapo brauche, um jüdische Institutionen zu besuchen, und er fand ziemlich starke Worte der Kritik für solche unverantwortlichen Tendenzinformationen. Er machte dann sehr aufschlußreiche Angaben über die wirtschaftlichen Möglichkeiten für Juden aus Deutschland in den Vereinigten Staaten. Auch er hält es, wie viele andere, für völlig verkehrt, daß fast der gesamte Einwandererstrom in New York hängen bleibt und dort vielfach sehr schwere Existenzbedingungen vorfindet. Nach seiner Meinung gebe es zahlreiche Mittelstädte in Amerika (er denkt hierbei an eine Größenordnung von 100 bis 300 000 Einwohner), in denen relativ leicht eine Existenz aufzubauen wäre. In solche Städte wären aber jüdische Zuwanderer noch fast gar nicht gelangt. Prof. G. verabschiedete sich mit der Bereitwilligkeit, soweit es in seinen Kräften stehe, jederzeit jüdischen Einwanderern aus Deutschland bei ihrer Eingliederung behilflich zu sein.

—e.—

Vortrag des Prof. Sukenik in Berlin

Der bedeutende Archäologe der hebräischen Universität, Prof. Sukenik, sprach auf einem von der Jüdischen Gemeinde gemeinsam mit dem Jüdischen Lehrhaus zu seinen Ehren veranstalteten Gemeindeabend in der Synagoge Prinzregentenstraße. Nach einer herzlichen Begrüßung durch Direktor Heinrich Stahl sprach Prof. Sukenik über seine und seiner Mitarbeiter Expeditionen in Samaria. Die aufschlußreichen Ausführungen fanden starkes Interesse. An Hand von Lichtbildern zeigte er viele Bruchstücke der Baukunst israelitischer Könige der verschiedensten Epochen. Aus der Fülle des Dargebotenen sei erwähnt, daß z. B. die schön durchgeführte Anlage von Städten der damaligen Zeit schon von praktischem — aber auch von Schönheitssinn zeugten.

In den in Farbe und Form wunderbar ausgeführten Keramiken ist der Schönheitssinn bemerkenswert entwickelt; der Sinn für das Gestaltende war auch schon damals vorhanden, wie Nachbildungen von Tieren z. B. in zwar primitiver aber erstaunlich sicherer Form zeigten. Dies kann nur ein geringer Ausschnitt aus der Fülle des Materials sein, das Sukenik brachte. Das jüdische Volk hat dem anerkannten Gelehrten Sukenik kulturhistorisch viel zu verdanken. Seiner unermüdlichen Forschungsarbeit ist es zuzuschreiben, daß wir neue Erkenntnisse erworben haben, und so bildet diese Arbeit, wie Dir. Stahl einleitend sagte, die Brücke zwischen heute und der jüdischen Antike.

Helfer.

Operette im Kulturbund

Der Jüdische Kulturbund Berlin hat auf sein Sommerprogramm die leichte Kunst gesetzt, wie das bei Sommerprogrammen üblich ist. Dagegen ist nichts einzuwenden. Gegen eine Aufführung von der Güte, wie sie bei der Premiere von „Die Czardasfürstin" geboten wurde, bei der Dirigent, Chor, Sänger und Bühnenmaler wirklich Ausgezeichnetes leisteten, ist ebenfalls nichts einzuwenden. Der Einwand, den ich zu machen habe, kommt auch nicht von dem Theaterabend selbst, an dem sich das vorurteilslose Publikum vorzüglich unterhielt, sondern von der Wahl gerade dieser Operette. Ausgerechnet „Czardasfürstin"! Weil Emerich Kalman als Jude im Philo-Lexikon steht? Aber seine Operette und seine Kunst hat ja wohl mit Judentum herzlich wenig zu tun. Und wenn man schon als Jude Kunst für Juden macht — na, vielleicht hätte man doch noch etwas anderes ausgraben können.

Illés.

Die Ferien-Tageskolonien der Berliner Gemeinde

Die Fürsorge für die Gesundheit unserer Schulkinder ist eine Gemeindeaufgabe ersten Ranges. Sie macht daher nicht Halt in der Betreuung der wirklich Erkrankten oder bereits Pflegebedürftigen, sondern sie läßt sich die Vorbeugung, die Erhaltung der Kräfte und die Stärkung des Körpers angelegen sein.

Das wäre mit Sicherheit schon aus einem Besuch irgend eines Kinderheims hervorgegangen, aber bei einem Besuch des Tagesspielplatzes im Grunewald, wo sich während der großen Ferien eine Tageskolonie der Gemeinde befindet, trat dies ganz besonders in Erscheinung, denn das Jüdische Wohlfahrts- und Jugendamt der Berliner Gemeinde hatte die Repräsentanten und die Vertreter der jüdischen Presse zu diesem Besuch nicht an irgend eine beliebige Stelle eingeladen, sondern gerade dorthin, wo die Fürsorge für die Jugend und ihre Leistungskräfte mit aller Deutlichkeit in die Augen fällt: auf den Sportplatz, den die Jüdische Gemeinde Berlin angelegt hat und unterhält.

Die Besichtigung dieser gepflegten Sportanlage, unter Führung Heinz Engländers vom Jugendamt, stand daher auch für die Besucher im Mittelpunkt der Stunden, die sie der Gastfreundschaft der Gemeinde verdankten, und die Kinder der Ferientageskolonie zeigten mit Begrüßungsspruch, Märchenspiel und Liedern, daß sie die Gäste ehren wollten — und sich die Schokolade, die zur Feier des Tages verteilt wurde, mit Vergnügen verdienten! Direktor Stahl, der erste Vorsitzende der Berliner Gemeinde, hatte den Nachmittag mit einer Begrüßung eingeleitet, Fräulein Silbermann erläuterte Wesen und Organisation der Ferientageskolonien.

EREZ ISRAEL

Politische Notizen

Der Widerstand wächst. Jeder Tag, der nach der Veröffentlichung des Berichtes der Kgl. Kommission vergeht, verstärkt die Gegnerschaft gegen den Teilungsplan bei den Juden und bei den Arabern zugleich. Die Araber fühlen ihren Rücken durch die Erklärung des Regierungshauptes und der anderen arabischen Länder gestärkt und beginnen den Widerstand zu organisieren. Mit den arabischen Terrortruppen und Waffenlagern im Rücken wird vorerst auf politisch-diplomatischem Wege mobilisiert. Delegationen des „Obersten arabischen Rates" und der Nashashibi-Gruppe gehen nach Genf, London, sowie in die arabischen Länder, um dort eine Gegenpropaganda zu entfalten und der Welt klarzumachen, daß die Araber nicht gewillt sind, auch nur auf die 5 Prozent der Gesamtoberfläche Erez Israels, die den Juden als „Staat" zugesprochen werden soll, zu verzichten. Im Jischuw hat sich nach der ersten Ueberrumpelung die Erkenntnis durchgerungen, daß dieser Teilungsplan ein untragbarer sei. Der Widerstand gegen den Vorschlag der Kommission ist heute — von wenigen Ausnahmen abgesehen — allgemein. Ein kleiner Unterschied in der Auffassung dieser Gegnerschaft ist jedoch vorhanden. Ein Teil des von der linksbürgerlichen Presse aufgeweichten Jischuw spricht sich gegen diese Teilung aus, während der andere Teil, der sich von den Revisionisten bis weit nach links erstreckt, überhaupt gegen die Teilung ist. Es herrscht hier der Eindruck, als ob die alt-zionistischen Führer trotz ihrer Scheinproteste schon ungeduldig darauf warten, den Schacher um bessere Bedingungen zu beginnen und die Erklärung Jabotinsky's, daß er als Gegner des Teilungsplanes nicht jene Menschen betrachten kann, die bereit sind, über die Bedingungen der Teilung zu verhandeln, traf den Kern der Sache. Jabotinsky kennt schon seine Pappenheimer ...

★

Eine ausgleichende Gerechtigkeit herrscht über Erez Israel. Wenn am Montag zwei arabische Zeitungen verboten worden sind, mußte am Dienstag auch eine jüdische Zeitung verboten werden. Zwar waren die arabischen Zeitungen wegen Verbreitung falscher Nachrichten geschlossen worden, und ein offizielles Kommuniqué der Behörden begründete am anderen Morgen mit Zitaten aus den Artikeln ihren Beschluß, während für das 14tägige Verbot des „Haboker" heute — 4 Tage nachher — noch keine Begründung vorliegt. Der „Haboker", das rechtsbürgerliche Organ im Jischuw, ist bekanntlich die einzige Tageszeitung, die konsequent gegen den Teilungsplan kämpft, da dem revisionistischen „Hajarden" von der Regierung untersagt ist, mehr als einmal in der Woche zu erscheinen. Man wird den Eindruck nicht los, ganz gleich welche Begründung von den Behörden für das Verbot herausgetüftelt werden sollte, daß außer der ausgleichenden Gerechtigkeit auch ein unbequemes Organ zum Stillschweigen gebracht werden sollte. „Davar" und „Haarez" erscheinen natürlich in höherer Auflage und mit innerem Ekel liest man die „Erklärungen" und „Proteste" dieser alt-zionistischen Blätter gegen die Teilung, aus denen schon ziemlich unverhüllt die Bitte nach etwas besseren Bedingungen hervorsticht. Mit Ungeduld wartet der nationale Teil des Jischuw auf den Freitag, an welchem der „Hajarden" erscheint und man wieder ein paar klare und entschiedene Worte zu hören bekommt.

★

Drei Hochverräter beeilten sich, den Jischuw mit einem „Dor Hajom" zu überraschen, in dem sie den Jischuw ersuchen, sich doch anläßlich der Proklamierung des „Reiches Juda" Freudenausbrüchen hinzugeben. Ittamar Ben Awi, der tolerierte Vertreter des Kantongedankens seit 1928, Ben Awi aus der ansässigen Ikarimgeneration, Bürgermeister von Natania, und ein gewisser Karmon, sie sind es, die die jüdische „Freiheit" zu feiern beginnen. Auf der Innenseite des Blattes große Schlagzeile „Diesen Tag hat Gott uns gegeben, freut Euch mit ihm!" und auf der vierten Seite endlich — die Ministerliste des jüdischen Staates, bei der Jabotinsky immerhin den Rang eines „Wehrministers" erhält. Die ganze Sache macht den Eindruck eines Witzblattes, das nicht ernst genomen zu werden braucht. In diesen Stunden jedoch, in denen das britische Kolonialregime darauf lauert, das erste „Symptom" für das Einverständnis der Juden zur Teilung festzustellen, um es aller Welt mitzuteilen, wird es zu einem Dolchstoß im Jischuw. So war es auch beabsichtigt — und drei Juden standen hierzu bereit.

★

Die Kongreßwahlen sind unbemerkt und unbeachtet überschattet von dem großen kommenden Ereignis verlaufen. Selbst die altzionistische Presse muß berichten, daß die Wahlen in einer apathischen Atmosphäre stattfanden, wie nie zuvor. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, wie stark die Apathie und die Teilnahmslosigkeit im Jischuw ist. Insgesamt haben von über 400 000 Seelen des Jischuw in zwei Jahren 135 000 den Schekel erworben, von diesen Schekelkäufern gingen 99 531 an die Urne, von denen etwa 67 Prozent für die Linke stimmte. Wer die Zusammensetzung des Jischuw kennt, weiß, wie lächerlich es wäre, diese Repräsentation als die des Jischuw zu betrachten. Wie sich daraus ergibt, sieht der Großteil des Jischuw die alte zionistische Organisation schon lange nicht mehr als die Repräsentantin seines Willens an, er weiß genau, daß das ganze Spiel der Kongreßwahlen von einer Bedeutungslosigkeit sondergleichen ist und daß das Schicksal des Jischuw von ganz anderen Faktoren als denen der altzionistischen Führung bestimmt wird. Nach Veröffentlichung des Peel-Berichtes, die anschließend an die Kongreßwahlen erfolgte, fühlten sich auch die Kongreßwähler betrogen, als ihnen nun doch die Augen darüber aufgingen, daß mit der alt-zionistischen Führung die Abmachung wegen der Teilung schon lange vor den Wahlen getroffen war. Daß das also beim Wahlkampf den Wählern peinlich vorenthalten wurde, verstärkt noch die Enttäuschung und Verbitterung der Kreise, die bis gestern noch einen Rest Vertrauen in die alt-zionistische Führung setzten, das nunmehr auch geschwunden ist.

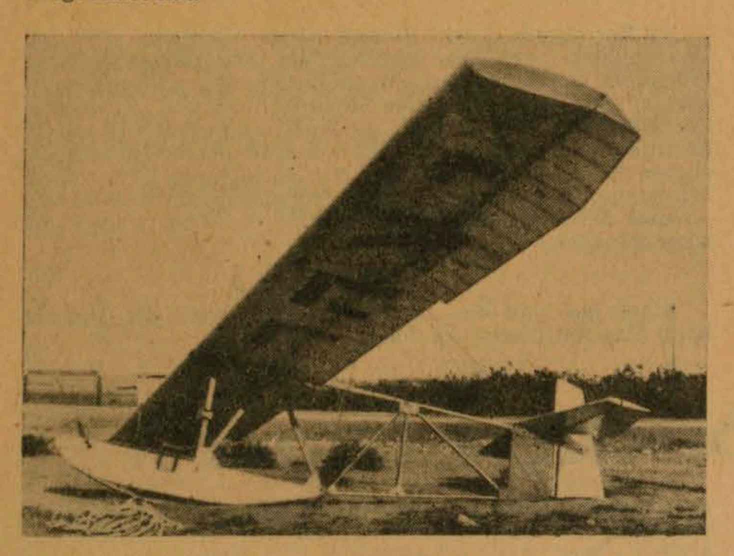
★

Eine Reisesucht hat in diesen Wochen den Jischuw ergriffen. Tausende verlassen das Land und vergeuden zehntausende kostbarer Pfunde im Ausland und entziehen sie der Blutzirkulation des Jischuw. Es hilft nichts, daß in Erez Israel ländliche Punkte zur Erholung und Ruhe vorhanden sind: Karmel, Tiberias, Natania usw., die es zum Zielpunkt tausender Touristen macht, eine gewisse Sorte von Emigranten müssen von Zeit zu Zeit einmal „europäische" Luft schnappen, das hier verdiente Geld im Ausland vergeuden, um sich dann schwerseufzend wieder in das Unvermeidliche, die Rückkehr nach Asien, zu fügen. Diese häßliche Abart von Juden, die keine innere Beziehung zum Lande und seinem Schicksal haben, ist leider in Massen vorhanden und hat ihr Emigrantendasein in unser Land verschleppt. Mit Recht hat die gesamte Presse diese Reisesucht in der heutigen schweren, unheilvollen Zeit als ein Vergehen gegen das nationale Interesse gegeißelt und als verurteilenswert hingestellt. Nun hat der „Davar", der besonders scharf gegen diese häßliche „bürgerliche" Manie, sein Geld für Auslandsreisen auszugeben, kämpft, klein mitgeteilt, daß der erste Transport des ersten Sportklubs „Hapoel" zur Arbeiterolympiade nach Antwerpen abgegangen ist. Es verlautet, daß noch 500 Sportler denselben Weg antreten werden, was eine Ausfuhr von einigen Zehntausend Pfunden bedeutet. Daß dieses Geld zum großen Teil nicht von den Privatpersonen, sondern von der Allgemeinheit getragen wird, kann wohl als kein Milderungsgrund angesprochen werden, und so setzt die Linke ihren Weg fort: Geld nach Wien, Geld nach Spanien, Riesendelegationen nach Antwerpen, ja, für die zweite Internationale ist ihr nichts zu teuer.

Das erste jüdische Segelflugzeug

Die nationale Jugend in Palästina leitete durch den Bau des ersten Segelflugzeuges eine neue Aera in unserer nationalen Arbeit ein. Der Keren Tel-Chaj und der Brit Trumpeldor waren die ersten, die den Ruf nach Eroberung des Meeres erließen und das Schiff „Sara I" zur Erziehung von jüdischen Seeleuten erwarben; jetzt wird von der nationalen Bewegung „die Luft erobert". Diese zwei bedeutenden Leistungen waren lange vernachlässigt, weil die Alt-Zionistische Organisation ihnen beim Bau der Heimat keine Bedeutung beimaß. Der Betar war der erste und der Keren Tel-Chaj hat bedeutend geholfen bei der Eroberung des Meeres und der Luft, die in ihrer Bedeutung für den Aufbau des Staates der Verteidigung und der kolonisatorischen Tätigkeit sicherlich gleichgestellt zu werden verdienen.

Wenn jetzt die Alt-Z. O., wie immer bisher, kommen wird, um uns nachzuahmen, so wie sie eine „Liga für die jüdische Marine" lange nach unserer bildete, so bleibt es in den Annalen des jüdischen Volkes verwurzelt: Betar war der erste, der jüdische Menschen für das Meer und die Luft ausgebildet hat.



Das nationale Judentum in Palästina zeigt immer wieder aufs neue seinen starken Lebenswillen und seine Fähigkeiten. Das erste Segelflugzeug „Izhar" nach den in der Nähe von Rechowot durchgeführten Probeflügen



Die Schöpfer des Segelflugzeuges und Initiatoren der jüdischen Sportfliegerei in Erez Israel. Von links nach rechts: Eri Jabotinsky, Konstrukteur Kapitän E. Pohorille und E. Jazran. Aufn. (2) Jazran.

Palästina-Debatte im Oberhaus

Lord Snell greift den Bericht an

Die mit großer Spannung erwartete Palästinadebatte ist am 20. Juli im Oberhaus durch den Führer der Opposition, Lord Snell, eröffnet worden. Die Sitzung wies einen sehr starken Besuch auf. Sämtliche jüdischen Mitglieder des Oberhauses, Lord Reading, Lord Melchett und Lord Samuel, waren bei der Aussprache anwesend.

Lord Snell erklärte, der Bericht der Kgl. Kommission sei ein Produkt der Verzweiflung. Man wolle einen Patienten einer kritischen Operation zuführen, die gefährlicher sein könnte, als die Krankheit es ist. Die Kgl. Kommission sei zu der Schlußfolgerung gelangt, daß Palästina nie geeint sein werde, solange es nicht geteilt wird. Es wäre sicher ein besserer Weg gewesen, zu einer Lösung durch Zusammenarbeit von Juden und Arabern zu gelangen.

Scharfe Angriffe richtete Lord Snell gegen die Regierung, weil sie in übergroßer Eile den Bericht der Kommission akzeptiert und sich hinter ihn gestellt habe. Das Parlament müsse Aufklärung darüber erhalten, warum mit solcher Eile vorgegangen worden sei. Der Redner fragte, ob vor dem Entschluß der Regierung die Vereinigten Staaten zu Rate gezogen seien und ob die amerikanische Regierung ihre Zustimmung zu dieser Vivisektion Palästinas erteilt habe. Groß-Britannien gehe jetzt daran, sein Mandat dem Völkerbund unter Umständen zurückzugeben, die eine nationale Demütigung bedeuten. Man müsse sich fragen, ob die Teilung wirklich unvermeidlich sei, auch wenn die Verhältnisse sich bessern. Die vorgeschlagene Lösung sei unangemessen und ein willkürliches Wagnis.

Erschließung des Negew

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen fragte Lord Snell, ob der geplante Judenstaat eine freie, unabhängige Republik sein und ob er aus dem Rahmen des Britischen Reiches ausscheiden solle. Im besonderen kritisierte der Redner die vorgesehene Zuteilung des südlichen Teiles Palästinas, des Negew, an den künftigen Araberstaat. Er verlangte, daß dieses Gebiet ebenso wie es für andere Teile Palästinas vorgesehen ist, auch weiterhin unter britischer Mandatsverwaltung bleibe und von Juden und Arabern gemeinsam erschlossen werde. Der geplante jüdische Miniaturstaat werde zwar den Namen eines Jüdischen Nationalheims tragen, aber nicht imstande sein, die Judenfrage zu lösen.

Im Namen der Regierung erwiderte der parlamentarische Sekretär im Kolonialministerium, die Regierung könne den Vorwurf der Schwäche nicht hinnehmen. Die Verhältnisse in Palästina hätten sich so entwickelt, daß sie für die Mandatarmacht untragbar und eine Bedrohung für diejenigen geworden waren, deren Interessen England zu schützen versucht habe.

Die Regierung, fuhr der Unterstaatssekretär fort, sei nicht geneigt, auf umfassende Aenderungen der Vorschläge der Kgl. Kommission einzugehen. Von ihrem Teilungsplan werde sie nur abgehen, wenn ihr von den Juden und den Arabern gemeinsam ein Gegenvorschlag unterbreitet wird, der ihr annehmbar erscheint.

Eine längere Rede hielt sodann der Vorsitzende der Kgl. Kommission, Lord Peel, der den Kommissionsbericht und die in ihm enthaltenen Schlußfolgerungen verteidigte.

Außerordentliches Flickwerk

Viscount Samuel, der erste High Commissioner Palästinas, wies auf eine Reihe irriger Voraussetzungen hin, die dem Bericht der Kgl. Kommission zugrunde liegen. Die Vorschläge der Kommission bezeichnete er als ein „außerordentliches Flickwerk" und verglich die beabsichtigte Lösung mit dem Friedensvertrag von Versailles, dessen schwierigste und ungeschickteste Bestimmungen die Kommission übernommen zu haben scheine, um sie auf ein Land anzuwenden, das so groß ist wie Wales. An der Debatte beteiligten sich auch das Mitglied der Mandatskommission Lord Lugard, der besonders auf die verhängnisvolle Rolle des Mufti hinwies und Lord Lamington, der sich für jüdische Ansiedlung auch in anderen Ländern einsetzte, damit die Judennot auf diese Weise gelindert werden könne.

Die Schuld der Mandatsverwaltung

Die Schuld, die die Palästina-Verwaltung an den gegenwärtigen Zuständen in Palästina trifft, wurde von Lord Snell in seiner Rede besonders unterstrichen. Er wies darauf hin, daß er schon in seinem 1930 erstatteten Minderheitsbericht die Leistungen, die die Juden im letzten Jahrzehnt in Palästina vollbracht haben, als eine der bedeutsamsten Erscheinungen unserer Zeit gekennzeichnet hat. Das Mandat sei ein ungeheuerer wirtschaftlicher Erfolg gewesen. Mißerfolg habe es nur auf dem Gebiet der Verwaltung und auf geistigem Gebiet gehabt. Die Araber sind von Leuten, die verantwortliche Stellungen in Palästina einnehmen, dauernd systematisch verhetzt worden. Man dürfe, schloß Lord Snell diesen Teil seiner Rede, das Versagen der Verwaltung nicht für ein Versagen des Mandats halten.

Nach kritischen Bemerkungen über die Eile, mit der die Regierung den Plan durchführen und sich dabei über das Parlament hinwegsetzen will, wandte sich Lord Snell gegen die Behauptung, daß die Regierung jede Gelegenheit ergriffen habe, um Zusammenarbeit zwischen Juden und Arabern zu ermutigen. Sie hat die Errichtung des Jüdischen Nationalheims, deren Förderung ihre besondere Pflicht und eine ihr durch das Mandat auferlegte Verpflichtung war, gehindert.

Nach einer Kritik an den Einzelheiten des Teilungsvorschlages forderte Lord Snell eine Zeit der Ueberlegung vor dem Inkrafttreten der Vorschläge der Kommission. Er richte an die Juden mit ihrer großen ethischen Tradition und an die Araber mit ihrer ritterlichen Ueberlieferung noch einmal den Appell, einen Weg in friedlichem Zusammenleben zu finden.

Die Rede Lord Peels

Der Vorsitzende der Kgl. Kommission, Lord Peel, trat der Ansicht Lord Snells, daß keine tiefgreifenden Aenderungen nötig seien, mit der Feststellung entgegen, daß selbst bei fast übermenschlicher Unparteilichkeit gegenüber Juden und Arabern die festverwurzelten Tatsachen der Situation es nicht als möglich erscheinen lassen, das Mandatssystem in dem Lande für lange Zeit aufrecht zu erhalten, ohne daß sehr schwerwiegende Aenderungen des Mandates selbst vorgenommen werden.

Ich hätte gewünscht, daß die Teilung reinlicher durchgeführt werden könnte. Es sei richtig, daß keiner der beiden Teile die Vorschläge der Kommission mit Begeisterung aufgenommen hat. Wenn aber ein jeder nicht so sehr auf die Opfer sehen wollte, die er zu bringen hat, sondern auf die Opfer, die von der anderen Gemeinschaft verlangt werden, dann würde es um die Dinge besser bestellt sein.

Die Antwort der Regierung

Für die Regierung antwortete der Sekretär des Kolonienministeriums, Marquis of Dufferin and Ava. Er betonte, daß der Bericht der Kgl. Kommission von dieser einstimmig beschlossen wurde, sowohl was die Interpretation des historischen Aspekts betrifft, als auch die Verpflichtungen der Regierung. Die Teilung sei die einzige, für beide Parteien

gerechte Lösung. Die Regierung weise es zurück, wenn ihr in der Sonntagspresse und in der Rede von Lord Snell Schwäche oder Mangel an Entschlußfähigkeit zugetraut wird.

Die Anwendung von Waffengewalt könne keine Lösung des Problems herbeiführen. Die Geschichte, die letzten Unruhen und das ungeheure Aussagenmaterial der Kommission hätten gezeigt, daß die Stimmung bei den Arabern eine ursprüngliche spontane und in allen Bevölkerungsschichten verbreitete sei. Es müsse klar erkannt werden, daß die Lage jetzt eine wesentlich andere sei als damals, wo die Regierung versucht hatte, das Mandat durchzuführen. Die Regierung werde ihr Möglichstes tun, um die von ihr akzeptierten Schlußfolgerungen der Kommission in Wirklichkeit umzusetzen.

Keine Duldung von Terror

Man werde es nicht zulassen, daß eine ruhige Prüfung der Lage in Palästina durch Terror oder Drohung mit Gewalt verhindert wird. Nachdem sie zu einer Entscheidung gekommen ist, werde sie nichts dulden, was das Feuer der Kontroverse wieder aufflammen lassen könnte.

Zwischenruf von Lord Strabolgi: Angenommen, sie vereinigen sich zu vollständiger Ablehnung des Planes. Wird die Regierung mit seiner Durchführung fortfahren?

Lord Dufferin: Ich glaube, wir werden die Hindernisse nehmen, wenn wir an sie herankommen.

England bleibt in Palästina

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte Lord Dufferin, die Politik der Regierung bedeute nicht, daß England aus Palästina herausgeht. Der Korridor Jerusalem—Jaffa enthalte die wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte; diese und das Zentrum der Luftstreitkräfte in Ramle würden unter britischer Kontrolle bleiben.

Gegenvorschlag Lord Samuels

Viscount Samuel stellte dann die Frage, ob es eine Alternative gibt. Die Vorschläge, die er machen wolle, seien nicht improvisiert. Er habe sie lange und eingehend erwogen und sich mit anderen beraten. Es scheine ihm, daß die Juden bereit sein müßten, ein Opfer zu bringen. Sie müßten auf eine Einschränkung der Einwanderung eingehen, die auf einem anderen Grundsatz als auf dem der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit beruht. Sie müßten annehmen, was die Kommission vorschlägt: die Einführung des politischen Prinzips. Warum gerade eine Zahl von 12 000 Einwanderern zugelassen werden soll, sei nicht einzusehen. Man könnte die Juden ebensogut auffordern, einem Abkommen für eine Reihe von Jahren zuzustimmen. Es könnte in dieser Zeit eine wesentliche Zunahme stattfinden, doch solle die jüdische Bevölkerung einen bestimmten Prozentsatz der Gesamtbevölkerung, etwa 40 Prozent, nicht überschreiten. Zweitens müßten die Juden die Tatsache der arabischen nationalen Aspirationen anerkennen, sowie, daß diese Aspirationen Anspruch auf Achtung und die Kooperation der Juden haben. Die Araber seien sich ihrer Geschichte tief bewußt. Die Juden hätten die nationalen Aspirationen der Araber niemals genügend verstanden. Sie mögen erkennen, daß diese große Bewegung Achtung und Bewunderung beanspruchen kann.

Als letzter Redner sprach Lord Lamington. Auch er befaßte sich mit der schweren Judennot und meinte, man könnte wohl Vorschläge erwägen, die Errichtung von Niederlassungen in anderen Teilen der Welt zu ermöglichen, um den Druck in Palästina zu erleichtern.

Produktionssteigerung bei der Palestine Potash Company

Der Jahresbericht der Palestine Potash Company stellt eine Erhöhung des Brutto-Gewinns von 36 851 auf 59 267 Pfund im vergangenen Jahre fest. Diese Erhöhung ist einerseits auf die wesentliche Vermehrung der Quantität und des Wertes der von der Gesellschaft verkauften Produkte, andererseits auf die Besserung der Kali-Preise zurückzuführen.

Sämtliche Aufträge konnten zufriedenstellend ausgeführt werden, wenn auch der Gewinn durch die Unruhen des vergangenen Jahres einigermaßen beeinträchtigt wurde. Der Reingewinn beträgt 26 880 Pfund und wird zum Ausgleich des gesamten Verlustes von 25 964 Pfund der letzten drei Jahre verwendet werden.

20 000 Juden demonstrieren in Jerusalem

Zug zur Klagemauer

Jerusalem. Die gesamte Judenheit Palästinas hat anläßlich Tischa b'aw eine ergreifende Kundgebung gegen die Abtrennung Jerusalems vom geplanten Judenstaat veranstaltet. Am Sonnabend zog nach den Kinnot eine 20 000 Menschen umfassende Prozession zur Klagemauer. Der Vorbeimarsch wickelte sich in voller Ruhe ab. In ernstem Schweigen bewegte sich der Zug. Einmal wurde Halt gemacht und sämtliche Teilnehmer sprachen laut den Schwur: „Im eschkachech Jeruschalajim tischkach jemini."

Am Sonntag waren ebenso wie am Vorabend alle Synagogen des Landes überfüllt. Viele Tausende, die keinen Platz finden konnten, waren am Sonnabend in den Straßen von Jerusalem, Tel Aviv und in allen Landesteilen versammelt, um die Kinnot zu hören, die durch den Jerusalemer Sender verbreitet wurden. Die Sonntagsausgaben der hebräischen Zeitungen bringen Aufsätze, denen die Aussprüche der Propheten über die Wiedererrichtung Jerusalems als Heilige Stadt zugrunde liegen. Britische und jüdische Polizei verhaftete in Jerusalem sechs Revisionisten, die Plakate mit Protesten gegen den Bericht der Kommission angeschlagen hatten. Ein Revisionist wurde sofort zu 50 Pfund Geldstrafe verurteilt, die übrigen unter Polizeiaufsicht gestellt. Die Plakate wurden von der Polizei entfernt.

Die am Sonntag verhafteten Revisionistenführer sind aus der Polizeiaufsicht entlassen worden.

Postanschluß nach Palästina vom 23.—30. Juli

Die Sendungen müssen bis zu den angegebenen Zeiten bei den Postschlußämtern vorliegen, in Berlin beim Postamt C 2, in München beim Bahnpostamt 1 oder 2 (Flughafen).

A. Schiffs- und Bahnpost

Postschluß in:

Berlin	München	Leitweg	An Haifa
23. 7., 17.00 Uhr	24. 7., 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	28. 7.
25. 7., 15.30 Uhr	26. 7., 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	30. 7.
27. 7., 17.00 Uhr	28. 7., 9.30 Uhr	Brindisi (Schiff 29. 7.)	2. 8.
28. 7., 17.00 Uhr	29. 7., 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	3. 8.
30. 7., 17.00 Uhr	31. 7., 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	4. 8.

B. Luftpost

Berlin	München	Leitweg	Laufzeit
24. 7., 3.00 Uhr		Halle/Leipzig-Athen-Ludd	ca. 2½ Tage
24. 7., 9.00 Uhr	24. 7., 18.00 Uhr	Brindisi-Athen-Gaza	ca. 3 Tage
26. 7., 6.00 Uhr		Athen-Ludd	ca. 2½ Tage
28. 7., 3.00 Uhr		Halle/Leipzig-Athen-Ludd	ca. 2½ Tage
28. 7., 9.00 Uhr	28. 7., 18.00 Uhr	Brindisi-Athen-Gaza	ca. 3 Tage
30. 7., 6.00 Uhr		Athen-Ludd	ca. 2½ Tage

Kurz berichtet

Kolonienminister Ormsby-Gore teilte dem Abgeordneten Creech Jones schriftlich mit, daß keine Aenderung in dem Status der an Jaffa anschließenden jüdischen Viertel geplant sei. Für die Erweiterung des Stadtgebietes hätten zwei Pläne vorgelegen. Nach dem einen sollte die Stadt nach Norden hin erweitert werden. Der zweite Plan habe sich daraus ergeben, daß im Mai 1935 Bürgermeister und Stadtrat von Tel Aviv eine Erweiterung des Verwaltungsgebietes der Stadt beantragt haben. Eine Vereinbarung der Bürgermeister von Jaffa und Tel Aviv über eine Grenzregulierung zwischen den beiden Städten kam jedoch nicht zustande. Der Plan, die weniger strittige Ostgrenze zu ändern, wird noch geprüft.

*

Im Monat Mai 1937 sind 1507 Juden mehr aus Palästina abgereist, als im Lande eingetroffen sind. Während im Mai 1936 2261 jüdische Einwanderer nach Palästina gekommen sind, waren es im Mai d. J. nur 807.

Während der ersten fünf Monate dieses Jahres sind 5068 Personen nach Palästina gekommen; in dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres 13 749. Der Ueberschuß der Einwanderung über die Ausreisen betrug bei den Juden in den ersten fünf Monaten des Jahres 1646 gegenüber 12 538 in demselben Zeitraum des vergangenen Jahres.

*

In einer Sitzung des Waad Leumi wies der Vorsitzende, Ben Zwi, darauf hin, daß der Waad Leumi einen Teil seiner Aufgaben nicht bewältigen kann, weil manche Siedlungen ihre Steuerpflicht nicht erfüllen. Der stellvertretende Vorsitzende, Elijahu Berligne, teilte mit, daß z. B. große Kolonien, wie Rechowot, Petach Tikwa und Ramat Gan im vergangenen Jahre dem Waad Leumi überhaupt keine Mittel zur Verfügung gestellt haben, während Siedlungen schwer arbeitender Pioniere ihre Verpflichtungen erfüllen, wie Nahalal, das 10 Pfund, und Ejn Charod, das 16 Pfund beigesteuert hat. Im allgemeinen ist die Finanzlage so schlecht, daß der Waad Leumi seine Arbeit nicht wird fortführen können, wenn nicht die Nationalversammlung (Assefat Haniwcharim) entsprechende Mittel zur Verfügung stellen wird.

Der Redner betonte, daß der Jischuw immer mehr auf seine eigenen Kräfte angewiesen ist. So hätten vor Jahren die Juden des Auslandes jährlich 80 000 Pfund für das palästinensische Erziehungswesen beigetragen, während dieser Zuschuß jetzt auf 20 000 Pfund gefallen ist.

Zum Schluß verlangte Dr. Katzenelson, daß auf dem Kongreß beantragt werde, der Keren Hajessod solle die Hälfte seiner Einkünfte dem Waad Leumi zur Verfügung stellen.

*

Wie aus Kairo gemeldet wird, sollen für die in Palästina neu zu schaffenden Staaten bereits Namen gewählt worden sein. Der künftige arabische Teil Palästinas, der mit Transjordanien vereinigt wird, soll den Namen „Al Urdin" (Jordanland) tragen, der Judenstaat soll „Erez Israel" heißen. Das britische Mandatsgebiet wird entweder die Bezeichnung Palästina beibehalten oder als „Jerusalemer Korridor" bezeichnet werden. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß für den Judenstaat Hebräisch und Englisch als offizielle Landessprachen vorgesehen sind.

*

Seit der Krise, die durch die Auswirkung des italienisch-abesinischen Konflikts in Palästina entstanden ist, sinkt der Geldumlauf andauernd. Die Unruhen haben zu einer weiteren Verringerung des Geldumlaufes beigetragen. Ende Januar 1936 waren 5 717 000 Pfund Noten im Umlauf, Ende Mai 5 672 000 Pfund. Ende Januar 1937 war der Geldumlauf auf 5 066 000 Pfund, Ende Mai auf 4 807 000 Pfund gesunken. Er ist um 11 Prozent kleiner als im Mai 1936.

Der Hartgeldumlauf betrug Ende Januar 1936 581 000 Pfund, Ende Mai 1936 584 000 Pfund. Ende 1936 erreichte er 586 000 Pfund. In diesem Jahre ist aber auch der Hartgeldumlauf gefallen. Er betrug Ende Januar 555 000 und Ende Mai 517 000 Pfund, weist also gegenüber dem letzten Jahre einen Rückgang von 13 Prozent auf.

*

Nach den Aufstellungen der statistischen Abteilung der Palästina-Regierung sind im Jahre 1936 in den vier jüdischen Siedlungen Petach Tikwa, Rischon le Zion, Rechowot und Ramat Gan 230 000 Pfund in Neubauten investiert worden, gegenüber 695 000 Pfund im vorangegangenen Jahre. In den rein arabischen Städten sind die Investitionen in Bauten von 664 000 auf 287 000 Pfund gefallen. Wesentlich kleiner war der Rückgang in den Städten mit gemischter Bevölkerung: in Jerusalem von 1 443 000 auf 1 385 000 Pfund, in Haifa von 2 258 000 auf 2 172 000 Pfund.

Im April d. J. haben die Einkünfte der Palästina-Regierung 410 000, im Mai 373 000 Pfund betragen, während die Regierung in demselben Monat des vergangenen Jahres nur 328 000 bzw. 285 000 Pfund eingenommen hat. Die Einkünfte aus Zöllen machten in diesen beiden Monaten 361 000 Pfund gegenüber 287 000 Pfund in derselben Zeit des vorangegangenen Jahres aus. Aber auch die Ausgaben der Regierung sind nicht unwesentlich gestiegen. Sie betrugen in den beiden Monaten 665 000 Pfund gegenüber 592 000 Pfund im April und Mai 1936, wobei in der vorjährigen Ziffer noch 42 000 Pfund für besondere Sicherheitsmaßnahmen inbegriffen sind. Es wurde im April und Mai 1937 ein Ueberschuß von 128 000 Pfund erzielt, während im vergangenen Jahre der Ueberschuß nur 21 000 Pfund betrug. Dieser Ueberschuß wird jedoch von der Regierung als ein nur zeitweiliger bezeichnet. Sie rechnet anscheinend mit größeren Ausgaben in den nächsten Monaten.

*

Das Handelsbulletin der Palästina-Regierung veröffentlicht Ziffern über Ein- und Ausfuhr im ersten Vierteljahr 1937. Der Wert der Einfuhr betrug 4 201 767 Pfund (im März allein 1 396 208 Pfund), die Ausfuhr 2 844 398 Pfund (im März allein 1 047 772 Pfund).

*

Das statistische Bulletin der Palästina-Regierung stellt fest, daß in den Monaten Januar bis Mai 1937 Bodentransaktionen im Umfange von rund 47 000 Dunam und im Werte von 2 114 000 Pfund durchgeführt wurden. Der Durchschnittspreis betrug somit 45 Pfund pro Dunam. Der Bodenpreis ist gegenüber dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres gesunken. Er betrug damals im Durchschnitt 54 Pfund pro Dunam, und es wurden 50 0000 Dunam im Gesamtwerte von 2 733 000 Pfund ver- bzw. gekauft.

*

Mit Hilfe eines von der Gesellschaft Bizzur gewährten Darlehens wurde im März mit dem Bau eines neuen Stadtviertels in Tel Aviv begonnen. Das Viertel wird hauptsächlich aus Wohnhäusern für die Arbeiter des Tel Aviver Hafens bestehen. 130 Arbeiter sind bei den Bauarbeiten beschäftigt. Die für das Viertel vorgesehene Bodenfläche reicht für die Errichtung von 200 Einzelwohnhäusern und 100 Wohnungen in gemeinschaftlichen Wohnblocks aus. In diesem Jahre werden etwa 50 Einfamilienhäuser und 50 Wohnungen in Gemeinschaftshäusern gebaut. Die Errichtung des gesamten Komplexes wird einen Kostenaufwand von 40 000 Pfund erfordern; an den Baukosten beteiligt sich auch die Allgemeine Hypothekenbank Palästinas.

*

Wie „Haarez" meldet, hat die Regierung bewilligt, daß die Stadtverwaltung von Tel Aviv 10 000 Pfund für den Bau neuer Straßen verwendet.

*

Der Keren Kajemet hat in der Nähe von „Giwat Schaul", im Westen von Jerusalem, eine Fläche von 110 000 Quadratmeter erworben. Die Eigentumsvorgänger sind die Erben des reichen sefardischen Juden Aron Walera. Es wird dort die Errichtung eines neuen Stadtviertels, das den Namen „Schechunat Aron" tragen und Jerusalem mit dem alten Moza verbinden soll, geplant.

*

Die „Palestine Gazette" bringt eine Verordnung des High Commissioner, wonach die Eröffnung eines neuen Landungspunktes in „Kfar Witkin" (im Emek Chefer) gestattet wird. In dem neuen „Hafen" werden Segelschiffe, die Düngemittel bringen, anlegen können.

*

500 Zertifikate für die Jugend-Alija. Nach einer Zeit der Ungewißheit über die Haltung der Palästina-Regierung gegenüber den Wünschen um die Zuteilung von Zertifikaten liegt eine eindeutige, positive Stellungnahme vor. Es werden Zertifikate für jede Siedlung gesondert ausgegeben. Hundert Zertifikate für das Emek Hajarden sind bereits genehmigt, ebenso 30 Zertifikate für Mischmar Haemek und 50 für Kfar Jehoschua. Die Anträge für die Siedlungen Giwat Brenner, Kwuzat Schiller, Kfar Jescheskel und Tel Chaj stehen vor einer günstigen Erledigung.

*

Einer Meldung des „Haarez" zufolge wird der Dichter Knut Hamsun demnächst Palästina besuchen.

Aus dem arabischen Lager

Jerusalem. Die Gerüchte, daß der Mufti verhaftet worden sei, oder daß seine Verhaftung unmittelbar bevorstehe, werden halbamtlich dementiert.

Dagegen wird mitgeteilt, daß der Verwalter des mohammedanischen Religionsfonds (Wakf) in Safed, Subhi Bey el Khadra, einer der Hauptmitarbeiter des Mufti, wegen Organisierung eines Aufstandes in Obergaliläa auf Grund des Aufruhrgesetzes wegen Hochverrat abgeurteilt werden soll.

*

Die Polizei hat in einer Höhle in der Nähe von Akko zahlreiche Gewehre entdeckt. Die Gewehre sollen dort von der Bande des syrischen Räubers Ismail Abd Alchak versteckt worden sein, der vor kurzem bei einem Zusammenstoß mit einer Polizeipatrouille getötet wurde.

*

Der Konsul des Irak in Jerusalem hat den palästinensischen Zeitungen eine Erklärung zugesandt, in der es in Abrede gestellt wird, daß in Bagdad judenfeindliche Ausschreitungen stattgefunden hätten. Die arabischen Demonstrationszüge hätten die jüdischen Viertel nicht passiert.

Bei Kundgebungen gegen die Teilung kam es in Damaskus zu Zusammenstößen. Weitere Demonstrationen werden für Mittwoch erwartet.

*

Aus verschiedenen Gegenden Palästinas sind Meldungen über Terrorakte eingetroffen, die am Vorabend von Tischa b'Aw von Arabern verübt worden sind. In der Nacht wurden Angriffe auf das Jerusalemer jüdische Viertel Bet Hakerem und auf die Siedlung Atarot verübt. Jüdische Hilfspolizisten erwiderten das Feuer der Angreifer.

Zu heftigen Schießereien arabischer Terroristen kam es in der Gegend von Nablus und Tulkerem. Es wurden auch in dieser Gegend Saaten jüdischer Landwirte in Brand gesteckt. Am Sonntag wurden Polizeiabteilungen in die Gegend entsandt, um nach den Verstecken der Terrorbanden zu suchen. Der Distriktskommissar von Nablus hat sechs arabische Führer aus der Stadt verbannt.

*

London. Nach den Antworten des Premierministers des Irak, Hikmat Suleiman, und des Emirs von Kuweit auf den Appell des Obersten Arabischen Komitees, hat nunmehr, wie das Büro Reuter aus Jerusalem meldet, auch König Ibn Saud den Appell des Komitees beantwortet. Die Antwort Ibn Sauds ist durchaus ausweichend und dürfte die arabischen Nationalisten kaum befriedigen. Er gibt wohl seiner Solidarität mit den anderen arabischen Stammesfürsten in ihrer Stellung zu den Vorschlägen der Königlichen Kommission Ausdruck, erklärt jedoch, daß er sich ein endgültiges Urteil vorbehält.

*

Am Dienstag sind durch die Mitglieder der Terrororganisation „Schwarze Hand" zwei Araber erschossen worden, einer in Haifa und einer in Jaffa. Es dürfte sich um Bodenmakler handeln.

An der Eisenbahnkreuzung in Lydda ist eine Bombe geworfen worden. Im Hafen von Haifa wurde ein Koffer mit Waffen und Munition gefunden, der offensichtlich für die arabischen Terroristen bestimmt war. Der Eigentümer ist geflüchtet. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

*

Bagdad. 50 000 Araber aller Schichten und Stände demonstrierten am 16. Juli in Bagdad gegen die vorgeschlagene Teilung Palästinas. Im Zuge wurden Transparente mit antijüdischen Aufschriften und Texten, in denen die englische Politik verurteilt wird, mitgeführt. Die Geschäfte der etwa 60 000 in Bagdad lebenden Juden waren seit dem frühen Morgen geschlossen.

Für immer!

Der Präsident der Hebräischen Universität Jerusalem, Dr. Magnes, hat der „New York Times“ eine Aeußerung über die Möglichkeit einer Lösung des Palästina-Problems zur Verfügung gestellt. Er bestreitet die Richtigkeit der Annahme der Kgl. Kommission, daß nur noch die Teilung des Landes als Ausweg aus einer unhaltbar gewordenen Situation übrig bleibe und schlägt an Stelle einer Lösung „für immer“ zeitlich begrenzte Abmachungen zwischen Juden und Arabern vor. Dadurch soll schrittweise die Grundlage für das künftige Zusammenleben der beiden Völker geschaffen werden. Aufgabe der Mandatarmacht mußte es sein, die Vorbedingungen für solche auf Grund „freier, offener Verhandlungen“ zu schließenden Abmachungen herzustellen. In dieser Erklärung stellt Dr. Magnes fest, daß es Aufgabe in Palästina sei, Frieden zu schaffen und daß alle drei Faktoren, Juden, Araber und Engländer, bei dieser Aufgabe versagt hätten.

Im Verlaufe seiner weiteren Erklärungen macht Magnes die Vorschläge zu einem neuen Mandat, die in der Formulierung gipfeln, daß verlangt werden soll, Schritte zu einer jüdisch-arabischen Einigung zu tun. In seinem Vorschlag des neuen Mandates sollen zwei grundsätzliche Punkte enthalten sein: 1. sowohl Juden als auch Araber sind in Palästina auf Grund von Recht und nicht durch Duldung; 2. der Hauptgrund für die Anwesenheit des Mandatars in Palästina ist die Aufgabe, Bedingungen zu schaffen, die für freie und offene Verhandlungen über Vereinbarungen zwischen Juden und Arabern günstig sind; diese Vereinbarungen sollen fortschreitend in dem Grundgesetz des Landes verankert werden. Er sagt weiter in seinen vor „Geist“ strotzenden Ausführungen, daß die Kommission behaupte, Juden und Araber würden sich „niemals“ einigen, wenn nicht vorher Teilung, Trennung eintritt. „Niemals“ ist für den Historiker eine lange Zeit. Die Kommission hat Recht, wenn sie sagt, daß die große Mehrheit der Juden „niemals“, das heißt heute, damit einverstanden sein wird, bestimmungsgemäß Minderheit zu werden. (Wir hätten gewünscht, daß ein derartiger Professor „niemals“ an die Spitze der Universität getreten wäre, um seine geistlosen Stilblüten auf jüdische Menschen loszulassen.)

In seinen weiteren Ausführungen verliert sich Magnes vollständig und kommt zu dem Ergebnis, daß mit jüdischer Hilfe die arabischen Länder die Aussicht haben, sich zu ihrem früheren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Glanz zu erheben. Ich glaube, daß es in Palästina und anderwärts Staatsmänner von genügendem Format gibt, um zu wissen, daß dies einen wahren Preis wert ist. Ohne jüdische Hilfe wird die Zukunftsmöglichkeit dieser arabischen Länder aller Wahrscheinlichkeit nach unerfüllt bleiben. Sogar während des letzten Jahres war es einigen Arabern und Juden möglich, die Umrisse eines Programms für die nächsten zehn Jahre auszuarbeiten, das für beide Völker von lebenswichtigem Interesse ist. Die Kommission ist von dem Vorhandensein eines solchen Programms unterrichtet worden. Das Programm müßte nicht nur Boden, Arbeitsfragen, wirtschaftliche und andere Dinge vorsehen, sondern auch die Frage einer arabischen Föderation. Mit Zustimmung der Araber könnten wir hunderttausende notleidender Juden in arabischen Ländern ansiedeln.

Zum Schluß befaßt sich Dr. Magnes mit der Stellung Jerusalems. Er bejaht die Internationalisierung der Heiligen Stadt als eine auch der Ehre und dem Ruhm des Judentums entsprechende Lösung. Das sind die Aufgaben, würdig des Volkes des Buches. Sie liegen im Bereiche einer praktischen Möglichkeit unter einer Voraussetzung: Verständigung zwischen Juden, Arabern und Engländern.

Zu diesen Vorschlägen kann man nur sagen, daß der alte Geist des Brit-Schalomismus noch immer in den Gehirnen von Professoren spukt, die die Erzieher unserer Jugend im nationalen Geiste sein sollen. Während andere Universitäten in allen Ländern ihre Jugend im nationalen Geiste erziehen und die Universität das Zentrum des nationalen Glaubens ist, macht das jüdische Volk auch hier eine Ausnahme. Die Jugend wird durch derartige Aeußerungen eines Erziehers in Feigheit und Würdelosigkeit erzogen, weil diese gewerbsmäßigen Pazifisten es nicht übers Herz bringen können, jüdischen Menschen nationale Ehre und Freiheit beizubringen. Das jüdische Volk sollte endlich verlangen, daß diese Herrschaften für immer verschwinden und sich in ihren stickigen und dumpfen Studierstuben mit „historischen“ Problemen befassen mögen.

Die Entwicklung Palästinas

Die britische Mandatarregierung in Palästina wurde von der Kgl. Kommission nicht günstig beurteilt, da es der Verwaltung in Palästina nicht gelungen sei, die Gegensätze zwischen der arabischen und jüdischen Bevölkerung zu mildern. Mit englischem Freimut wird an der Verwaltung scharfe Kritik geübt. Als Konsequenz dieses Zustandes wird die Beendigung des Mandats in Palästina nach erfolgter Teilung des Landes in eine arabische, jüdische und englische Zone vorgeschlagen. Die Vorschläge, welche der Genehmigung des Völkerbundes bedürfen, können nicht als endgültig bezeichnet werden. Wir Juden als Träger der Entwicklung Palästinas empfinden die Kleinheit des uns zugedachten Territoriums als Verletzung des Mandats und als schwere Bedrohung der weiteren Entwicklung der Wirtschaft im zukünftigen Judenstaat. Dieser könnte bestenfalls 2½ bis 3 Millionen Menschen beherbergen, falls die dichtbevölkertsten Teile Europas als Vergleichsbasis herangezogen werden. Voraussetzung hierfür wäre natürlich eine Industrialisierung des Landes in intensivster Weise. Aber selbst von den vorhandenen Schwierigkeiten der Rohstoff- und Kapitalsbeschaffung abgesehen, wird eine derart intensive Industrialisierung nur soweit Platz greifen können, als sie von der englischen Weltmacht gewünscht wird, welche genau die Wichtigkeit Palästinas als Basis für die ganze Politik und Wirtschaft des nahen Ostens einschätzt. Die Wirtschaftsabteilung der Jewish Agency vertritt die Ansicht, daß England das Patronat über die im Entstehen begriffenen neuen Staatengebilde praktisch für sich in Anspruch nehmen wird und die Vorherrschaft Großbritanniens auch in wirtschaftlicher Beziehung als unausweichlich angesehen werden muß. Alle bisher nach Palästina importierenden Staaten werden um so größere Anstrengungen machen müssen, um sich in Palästina zu behaupten, welches schon infolge seiner geographischen Lage der Mittler auch für die Einfuhr nach Transjordanien, Irak und Iran sein wird und die strategische Durchgangsstraße nach Indien, sowie den Stützpunkt für die Verteidigung des Suezkanals bildet.

Viele Staaten haben schon im letzten Jahre ungefähr die Hälfte ihres Exports nach Palästina verloren, was auf die Unruhen und den Rückgang der Einfuhr überhaupt zurückzuführen ist. In absehbarer Zeit dürfte, falls mit der Schaffung der Eigenstaatlichkeit auch die Einwanderung steigen wird, damit zu rechnen sein, daß trotz Weiterentwicklung der palästinensischen Industrie größere Mengen von Waren aus dem Ausland eingeführt werden müssen.

Die palästinensische Citrusindustrie

Da die Fruchternte in Palästina von Jahr zu Jahr steigt und in wenigen Jahren der Ertrag exportfähiger Früchte von 20 Mill. Kisten erreicht werden dürfte, ist ein Zusammenschluß der bedeutendsten Citrusexport-Gesellschaften zwecks Herabsetzung der Unkosten und Erschließung neuer Absatzmärkte geplant. England hat von der letzten Ernte fast 6 Mill. Kisten aufgenommen. Zur Propagierung der palästinensischen Citrusfrüchte in Mitteleuropa ist für die nächste Saison eine erhöhte Tätigkeit vorgesehen.

Generalversammlung der Palestine Electric Corporation

In London wurde am 15. Juli die 14. ordentliche Generalversammlung der Palestine Electric Corporation abgehalten. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Viscount Samuel, gab bekannt, daß die Rechte, die die Corporation auf Grund der mit Zustimmung der Mandatarmacht erteilten Konzession erworben hat, in vollem Umfange gewahrt werden würden, welche politischen Aenderungen immer eintreten sollten.

Lord Samuel wandte sich sodann der Besprechung des Geschäftsberichtes für das abgelaufene Jahr zu. Er wies darauf hin, daß trotz der ernsten Unruhen ein ununterbrochener Aufschwung der Geschäftstätigkeit zu verzeichnen war. Das Bestreben, den Strompreis nach Möglichkeit herabzusetzen, habe zu einem dauernd ansteigenden Verbrauch geführt.

Berichte und Bilanz wurden von der Generalversammlung einstimmig genehmigt. Die ausscheidenden Mitglieder des Direktoriums, Lord Melchett und Edward S. Baron, wurden wiedergewählt.

In einer unmittelbar im Anschluß abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurden die Kapitalserhöhung von zweieinhalb Millionen auf vier Millionen, sowie einige geringfügige Aenderungen des Gesellschaftsstatuts einstimmig genehmigt.

Neues Haus der Habima

Nachdem die Mittel für die Fertigstellung des neuen Hauses der Habima in Tel Aviv zum größten Teil bereits aufgebracht worden sind, wird in den nächsten Tagen mit der Fortführung der Bauarbeiten begonnen werden. Die Eröffnungsvorstellung im neuen Hause wird voraussichtlich im Dezember d. J. stattfinden.

Der Rohbau weist schon in seinem jetzigen Zustand zahlreiche in dem ursprünglichen Plan vorgesehene Einzelheiten auf. Besondere Sorgfalt wurde der Ausgestaltung der Bühne selbst gewidmet. Die Hauptbühne hat einen Flächenraum von 750 Quadratmetern und eine imposante Höhe. Sie bietet Raum für tausend Darsteller. Nebenbühnen zu beiden Seiten werden die Aufführung von Stücken ermöglichen, die gleichzeitig auf verschiedenen Schauplätzen spielen. Eine Drehbühne und andere moderne technische Einrichtungen werden einen raschen Szenenwechsel ermöglichen. Der Orchesterraum bietet für 75 Musiker Platz, Garderobenräume, Werkstätten und Requisitenkammern sind reichlich vorhanden. Im ersten Stock soll eine Bibliothek, ein Theaterraum und ein Lesesaal mit 300 Sitzen untergebracht werden. Der Zuschauerraum ist verhältnismäßig klein. Er wird 800 Plätze im Parkett und 400 Plätze auf dem Balkon enthalten. Ein geräumiges Foyer wird den Zuschauerraum hufeisenförmig umgeben und durch zwölf große Türen mit ihm verbunden sein. Ein eigener, aber mit dem Hauptgebäude verbundener Bau wird das Caféhaus enthalten, das sowohl von der Straße als auch unmittelbar vom Theater aus zugänglich sein wird. Es wird von Gartenterrassen umgeben sein, ebenso wird der Platz vor dem Theater gärtnerisch ausgestaltet. Dadurch wird die Wirkung der Fassade mit den sechs anderthalb Meter starken und zwölf Meter hohen Säulen des Haupteingangs erhöht werden. Die Säulen werden ebenso wie die Verkleidung der Fassade und der Treppenhäuser aus Jerusalemer Kalkstein hergestellt, die zehn kleineren Säulen des Foyers aus Marmor. Dieser Marmor, der gleiche, der bei dem Bau des Schlosses Versailles verwendet wurde, ist ein Geschenk der Brüsseler Gesellschaft „L'Industrie Belge pour L'Etranger“. Das Eichenholz für die Herstellung der Parkettfußböden wurde der Habima von der rumänischen Landesorganisation der WIZO, der Asociatia Culturala a Femeilor Evree, zur Verfügung gestellt, Bauholz im Werte von 1000 Pfund von rumänischen Exporteuren.

Durch Abänderung des ursprünglichen Bauplanes konnten die anfangs errechneten Kosten erheblich herabgesetzt werden. Sie werden jetzt 35 000 Pfund betragen. Das Baukomitee wird sich mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit wenden, damit die Aufbringung der noch fehlenden 8000 bis 9000 Pfund gesichert wird.



Dr. Rabinowicz und Dr. Schechtmann bei Außenminister Krofta

Prag. Die Mitglieder der Nessiut der Neu-Zionistischen Organisation, Dr. Oskar Rabinowicz und Dr. Josef Schechtmann, wurden Mittwoch, am 14. Juli, vom čsl. Außenminister Dr. Kamil Krofta in Audienz empfangen. Sie informierten den Außenminister über die Stellung der NZO. zum Plan der Teilung Palästinas und legten den internationalen Charakter dieses Problems dar; ferner berichteten sie über die von der NZO. bei den Regierungen Nord-, Ost- und Zentral-Europas unternommenen Schritte und baten um Unterstützung ihrer Wünsche durch die čsl. Regierung. Der Minister zeigte großes Interesse für die vor ihm aufgerollten Fragen und versprach, die vorgetragenen Wünsche ernstlich in Erwägung zu ziehen.

Scharfe Verurteilung des Teilungsplanes durch Lloyd George

London. Am 18. Juli ist gleichzeitig in dem Londoner „Sunday Expreß“ und in dem New Yorker „Journal-American“ ein Artikel erschienen, in dem der Premierminister des englischen Kriegskabinetts, das die Balfour-Deklaration erlassen hat, David Lloyd George, den Bericht der Kgl. Kommission und seine Schlußfolgerungen auf das entschiedenste verurteilt.

Wird Sir Arthur Wauchope abberufen?

London. In Londoner politischen Kreisen herrscht allgemein die Ueberzeugung, daß in allernächster Zeit durchgreifende Veränderungen in der Palästina-Verwaltung vor sich gehen werden. Insbesondere erwartet man, daß der bisherige High Commissioner Sir Arthur Wauchope abberufen werden wird. Es heißt, daß das Kolonienministerium an der Spitze der Palästina-Verwaltung einen Mann sehen möchte, der über bedeutende Erfahrungen im Kolonialdienst verfügt.

Meinungsäußerung der Mandatskommission

Genf, 21. Juli. Die Mandatskommission wird auf Anordnung des Vorsitzenden des Völkerbundsrates eine vorläufige Meinungsäußerung über den Peel-Bericht und die Britische Regierungserklärung für die September-Tagung des Völkerbundsrates ausarbeiten.

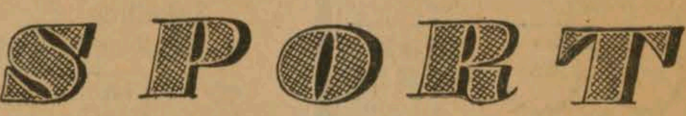
London, 21. Juli. Die Britische Regierung ist der Auffassung, daß die Kgl. Kommission für Palästina mit ihren Feststellungen und Vorschlägen über den Kreis der ihr gestellten Aufgaben nicht hinausgegangen ist. Diese Auffassung brachte Ministerpräsident Neville Chamberlain in der Unterhaussitzung vom 20. Juli zum Ausdruck.

Die „Linken“ akzeptieren Teilung

Aus Jerusalem kommt die Meldung, daß die Exekutive der sozialistischen „Histadrut“ einmütig eine Resolution annahm, in der das Prinzip der Teilung nicht verworfen wird, vorausgesetzt, daß an dem Plan gewisse Modifikationen bezüglich Jerusalems, des Bezirks Berschewa und des Gebietes um Dagania sowie der an den arabischen Staat zu zahlenden Subvention vorgenommen werden.

•

Das ist eine der hinterlistigsten Formen einer offenen, nicht verklausulierten Zustimmung zur Teilung und des Kleinkrämer- und Schachergeistes, der diese Gesellschaft seit jeher auszeichnet. Damit dürfte auch der Weg des kommenden Zionistenkongresses feststehen, da die Mehrheit der „Linken“ auf ihm gesichert erscheint.



Fußball

Am Sonntag, 25. Juli, gibt es eine Doppelveranstaltung im Fußball, die auf dem Grunewald-Sportplatz mit dem Spiel JSG. I gegen Bar Kochba Hakoah I um 3 Uhr eröffnet wird. Um 5.30 Uhr spielen dann Hagibor I gegen JSK. I. Alle Spiele finden im Rahmen der Pokalrunde des Spielausschusses statt, der Ausgang dieser Spiele wird eine endgültige Gruppierung in der Tabelle zeigen.

Vorschau zum 1. August 1937

Der Bar Kochba-Hakoah veranstaltet im Rahmen der Makkabia-Ausscheidungen, die während des Monats August stattfinden, am 1. August im Grunewald internationale Fußball-, Handball- und Hockeyspiele gegen Hakoah Wien und am gleichen Tage Spiele der Auswahlmannschaften des Reiches und des Bezirks Berlin-Brandenburg.

Tennis

In der Zeit vom 14. bis 18. Juli veranstaltete die Tennis-Abteilung der Jüdischen Sportgemeinschaft 1933 in der Friedrichsruher Straße ein Tennisturnier, an dem zahlreiche Berliner Tennisspieler und -spielerinnen der Berliner jüdischen Vereine teilnahmen. Nachdem bis zum Sonnabend sich die Spitzenspieler der einzelnen Vereine in die Vorschlußrunde durchgekämpft hatten, gab es am Sonntag in der Schlußrunde sehr harte Kämpfe, die dann folgende Endergebnisse brachten:

H e r r e n - E i n z e l : Turniersieger: Herr Jauch; 2. Herr Wolff (Jüd. Tennisklub Grunewald). — D a m e n - E i n z e l : Turniersiegerin: Frau Peiser; 2. Frl. Poisson (Jüd. Tennisklub Grunewald). — H e r r e n - D o p p e l : Turniersieger: Herren Plaut und Brück; 2. Herren Goldstein und Lieber (Bar Kochba). — M i x e d : Turniersieger: Frau Peiser und Herr Jauch; 2. Frau Wolf und Herr Schäfer (Jüd. Tennisklub Grunewald). — D a m e n - E i n z e l (B-Klasse): Turniersiegerin: Frau Engel; 2. Frl. Dr. Laufer (Jüd. Tennisklub Grunewald). — H e r r e n - E i n z e l (B-Klasse): Turniersieger: Herr Bender; 2. Herr Binder (Jüd. Tennisklub Kaiserallee).

Massenkundgebungen in Westdeutschland

Dir. Georg Kareski in Dortmund und Bochum

Es ist eine Tatsache, an die sich schon verschiedene Vereinigungen mehr oder minder vergnügt gewöhnen mußten, daß die Versammlungen unserer Bewegung Massendemonstrationen der jüdischen Bevölkerung darstellen. Wenn wir diesmal aber die Massenbeteiligung besonders hervorheben, so deswegen, weil in Orten mit verhältnismäßig geringer jüdischer Einwohnerzahl, Säle, die einige hundert Menschen fassen, nicht nur überfüllt waren, sondern sogar noch viele der Erschienenen den Heimweg antreten mußten, da die Räume, die bis zum Bersten gefüllt waren, gar nicht mehr Besucher fassen konnten.

Die einige Tage vorher entstandene Initiativgruppe des Betar hatte für einen würdigen Rahmen gesorgt und den Saal, in dem das Publikum dicht geschart Kopf an Kopf saß, mit der Menora, dem Zeichen der jüdischen Staatsbewegung, geschmückt.

In einer eineinhalbstündigen packenden Rede sprach der Präsident der Staatszionistischen Organisation, Herr Dir. Kareski; in diesen eineinhalb Stunden rollte vor den Augen des Publikums das eindrucksvoll gezeichnete Bild der Judensituation ab, das in seiner absolut realistischen Darstellung die Menschen zur entschiedenen Bereitschaft aufrüttelte, den Abwehrkampf gegen das drohende Unglück aufzunehmen. Wir müssen den Mut haben, war der fordernde Aufruf, einen Schlußstrich hinter eine Vergangenheit zu setzen, die nicht wiederkehrt. Es darf und kann nicht so sein, daß weite Kreise jüdischer Menschen nur in der Erinnerung leben, sondern das Vakuum, das in jüdischen Menschen entstanden ist, muß ausgefüllt werden mit einem Ideal, das dem Leben erst den rechten Sinn gibt und das unserer Ansicht nach größer und heiliger ist, als das aus vergangener Zeit, weil es ein ausschließlich jüdisches Ideal ist.

Nach einer scharfen Abrechnung mit der Schlepptaupolitik galuthafter zionistischer Pseudopolitiker, stellte der Redner zum letzten Kapitel zionistischer Entwicklung fest:

Wir waren es, die seit Jahren den Gedanken des Judenstaates durch die jüdische Welt getragen haben, wir haben den Staatszionismus Theodor Herzls verfochten, und wir wurden deshalb von denen verlacht und angefeindet, die heute in Begeisterung für einen sogenannten Judenstaat machen. Wenn jene aber diesen Judenstaat auf dem Präsentierteller dem jüdischen Volke als große Errungenschaft einreden wollen, so rufen wir unser entschiedenes Nein! Für uns ist Judenstaat kein Spielzeug mit schönen Uniformen, eigenem Militär und Botschaftern, sondern er ist erst dann keine Fiktion, wenn er die Erlösung des jüdischen Volkes bedeutet. Es kann keinen Zionismus ohne Zion geben und kein Nationalheim ohne die jüdische Nation. Nicht einzelne zu retten ist die Aufgabe des Zionismus, sondern das jüdische Volk.

Deswegen ist unser Nein keine taktische Erwägung, das man gegebenenfalls nach gewissen Zugeständnissen fallen lassen könnte, sondern wir erhalten es aufrecht, solange bis unseren gerechten Forderungen Rechnung getragen wird. Der Redner gab ein anschauliches Bild von dem politischen Wirken Jabotinskys und der NZO. zur Vereitlung dieser schändlichen Pläne und sagte im Schlußwort: Wir werden uns in diesem entscheidenden Moment nicht mit papiernen Protesten und Versammlungsresolutionen begnügen, sondern wir sind fest entschlossen, das Letzte im Kampf für unsere Freiheit, für die Erlösung des jüdischen Volkes in die Waagschale zu werfen. Heute hat das jüdische Volk die Politik der Schwäche und Halbheiten als gefährlichen Irrtum erkannt und ist bereit, dem Ruf Jabotinskys zu folgen, der es zum Kampfe für das g a n z e jüdische Volk führen wird.

Der stürmische Beifall, der der Rede folgte, lieferte den Beweis, das unsere Idee überall offene Herzen findet. Die Gründung von Betar- und St.-O.-Gruppen dokumentierte den Einsatzwillen und die Kampfbereitschaft, die als Konsequenz der ideologischen Uebereinstimmung folgte. *Jehuda.*

Kundgebung in Frankfurt a. M.

In der Turnhalle des Philanthropins fand am Montag, dem 19. Juli, eine Kundgebung der Staatszionistischen Partei statt. Der Ortsgruppenleiter, Herr Rotholz, begrüßte die Versammlung und die erschienenen Vertreter der Jüdischen Gemeinde, sowie die Mitglieder des Jüdischen Frontkämpferbundes. Dann nahm, in Vertretung des Herrn Direktor Kareski, Herr Dr. Fried (Berlin) das Wort, um über „Kampf und Gerechtigkeit" zu sprechen. Die Veranstaltung stand ganz im Zeichen des Protestes gegen den Teilungsplan. Der Redner gab einleitend einen Rückblick auf jene Entwicklung der Bewegung, die von der oppositionellen Gruppe zur Gründung einer eigenen Partei führte. Was Jabotinsky vertritt, sind keine neuen Ideale, sondern die ursprünglichen Forderungen des jüdischen Volkes, wie sie von den Schöpfern der nationaljüdischen Bewegung von Anfang an aufgestellt und formuliert wurden. Die jetzt geschaffene Lage und der von England aufgestellte Plan einer Teilung Palästinas haben bewiesen, daß die Ereignisse, vor welchen der Staatszionismus immer gewarnt hat, tatsächlich eingetreten sind. Da die Taktik Weizmanns versagte, hat England die Schwäche der zionistischen Politik erkannt und ausgenutzt. Die Gewaltakte arabischer Terroristen, mit Waffen ausgeführt, werden durch den Teilungsplan ebenso belohnt, wie jene „musterhafte" Ruhe und Disziplin des Jischuw während der Unruhen. So stellt der Plan der Form nach zwar einen Judenstaat vor, in seiner unmöglichen Grenzführung und seinen Bedingungen ist er eine Verhöhnung des jüdischen Volkes und seiner uralten Sehnsucht. Dieser Staat ist räumlich so winzig, daß er weder wirtschaftlich noch kulturell sich entwickeln kann, weil sein Gebiet nur ebenso viele hundert Juden aus aller Welt aufzunehmen vermag, wie es Zehntausende aufnehmen müßte, um Heimatland des jüdischen Volkes zu werden.

Die Situation ist ungünstig, aber noch nicht hoffnungslos. Das letzte Wort der Entscheidung ist noch nicht gesprochen, wenn das jüdische Volk jetzt einig und entschlossen diesem Plan sein Nein entgegenruft. Die Stimme der Juden in der Welt muß aber wirklich die Stimme des ganzen Volkes sein. Deshalb hat der kommende Zionistenkongreß nicht das Recht, sich als Forum der jüdischen Volksmeinung vorzustellen. Der Schekel darf nicht als Ausdrucksmittel wahren jüdischen Volkswillens gelten. Die echte Stimme des jüdischen Volkes kann nur in einer allgemeinen Abstimmung gehört werden, und nur die Beauftragten einer Nationalversammlung auf Grund des Ergebnisses haben das Recht, im Namen der Judenheit zu sprechen. Wenn diese Erkenntnis alle Juden in der Forderung einer Abstimmung und Volksvertretung einigt, wird erst der wirkliche Judenstaat geschaffen werden können, in seinen alten historischen Grenzen und mit Jeruschalajim, der Davidsstadt, als dem nationalen und kulturellen Zentrum des Landes.

Die Kundgebung war stark besucht und die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen Dr. Fried's waren von Worten und Liedern der Jüdisch-Nationalen Jugend „Herzlia" umrahmt. *J. H.*

Veranstaltungskalender

Brith Haschomrim

in der Staatszionistischen Organisation

Berlin W 50, Tauentzienstraße 7, Tel. 24 67 24

Gruppenabend Zentrum. Donnerstag, 29. Juli, 20.30 Uhr, in der Neuen Promenade 8, II., rechts.

Gruppenabend Westen. Donnerstag, 29. Juli, 20.30 Uhr, in der Tauentzienstraße 7, Gartenhaus I, rechts.

Zu den Gruppenabenden sind Männer als Gäste willkommen!

Jüdische Nationale Jugend „Herzlia" (Betar)

Ken Berlin. Das Zentrumheim des Berliner Betar befindet sich: C 2, Neue Promenade 8. Die Onege Schabbat finden stat: 16 bis 18 Uhr für Tironimgruppen, 18 bis 20 Uhr für Jüngerenschaft, 20 bis 22 Uhr für Mittlerenschaft. Für den Westen ist der Oneg Schabbat bis auf weiteres in der Prinzregentenstraße 69/70 um 17 Uhr.